

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 99 — 3237

[C - 99/33086]

**26. APRIL 1999 — Dekret über das Regelgrundschulwesen (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen und Definitionen*

**Artikel 1** - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Regelgrundschulen. Auf die gemäß Kapitel IV Abschnitt 1 anerkannten Schulen finden die Artikel 16 und 17 Anwendung.

**Art. 2** - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

**Art. 3** - Definitionen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. Grundschule, nachstehend Schule genannt: eine Schule, in der entweder ausschließlich Primarunterricht oder Primarunterricht und Vorschulunterricht erteilt wird, die eine oder mehrere Niederlassungen hat und die unter der Leitung eines Schulleiters steht;
2. Kindergarten beziehungsweise Vorschule: Teil der Grundschule, in dem Vorschulunterricht erteilt wird;
3. Primarschule: Teil der Grundschule, in dem Primarunterricht erteilt wird, oder Grundschule, in der ausschließlich Primarunterricht erteilt wird;
4. Niederlassung: ein oder mehrere Gebäude, die sich an derselben Adresse befinden und in denen im Auftrag eines Schulträgers Vorschulaktivitäten durchgeführt werden und/oder Primarunterricht erteilt wird;
5. Unterrichtsstunde: Einheit von 50 Minuten, während der Unterricht erteilt wird oder andere pädagogische Aktivitäten im Rahmen der schulischen Ausbildung stattfinden;
6. Stellenkapital: Anzahl Stellen, über die eine Schule verfügt;
7. Schulleiter: Direktor oder Hauptlehrer einer Grundschule;
8. Studienprogramm: Wochenstundenraster und Lehrpläne im Primarschulwesen.

*KAPITEL II — Zulassungsbedingungen*

*Abschnitt 1 — Einleitende Bestimmung*

**Art. 4** - Einleitende Bestimmung

Die nachfolgenden Zulassungsbedingungen gelten unbeschadet der Bestimmungen des Abschnitts 1 des Kapitels IV des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen.

*Abschnitt 2 — Zulassung zum Kindergarten*

**Art. 5** - Allgemeine Zulassungsbedingung

Zum Kindergarten zugelassen ist das Kind, das noch nicht schulpflichtig ist und mindestens drei Jahre alt ist oder dieses Alter bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres erreicht.

**Art. 6** - Einschreibung eines im Ausland wohnhaften Schülers in den Kindergarten

§ 1 - Ein Kind, dessen Wohnsitz sich im Ausland befindet, darf in einen Kindergarten erst eingeschrieben werden:

1. wenn es die in Artikel 5 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt;
2. nach Vorlage eines vom Ministerium genehmigten Antrages, aus dem hervorgeht, dass besondere persönliche Umstände vorliegen, die die Einschreibung rechtfertigen;
3. wenn gemäß Artikel 32 § 3 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen gegebenenfalls eine Einschreibgebühr entrichtet worden ist.

In Abweichung von den in Absatz 1 Nummern 2 und 3 angeführten Bedingungen braucht für Kinder, deren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts liegt, kein vom Ministerium genehmigter Antrag vorgelegt und keine Einschreibgebühr entrichtet zu werden, falls diese Körperschaft sich anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen, und unter der Bedingung, dass diese Beteiligung Gegenstand einer schriftlichen Vereinbarung ist.

§ 2 - Auf ein Kind, das im Fremden-, Warte-, oder Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen ist, findet § 1 Nummer 2 keine Anwendung.

**Art. 7** - Verlängerung des Kindergartenbesuchs

In Abweichung von Artikel 5 kann ein schulpflichtiges Kind während des ersten Jahres der Schulpflicht den Kindergarten besuchen.

Die Erziehungsberechtigten treffen eine entsprechende Entscheidung nach Kenntnisnahme eines begründeten Gutachtens des Klassenrates und des zuständigen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums.

Bei einem Kind, das noch keinen Kindergarten besucht hat, ist lediglich das Gutachten eines Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums erforderlich.

*Abschnitt 3 — Zulassung zur Primarschule***Art. 8** - Allgemeine Zulassungsbedingungen

Zur Primarschule zugelassen ist der Schüler, der am 31. Dezember des laufenden Schuljahres mindestens sechs Jahre alt ist und das Alter von 15 Jahren noch nicht überschritten hat.

Ein Schüler, der das Abschlusszeugnis der Grundschule besitzt, ist nicht zur Primarschule zugelassen.

**Art. 9** - Einschreibung eines im Ausland wohnhaften Schülers in der Primarschule

Der Schüler, dessen Wohnsitz sich im Ausland befindet und der die in Artikel 8 festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt, legt, bevor er die Primarschule besuchen darf, eine Bescheinigung vor, die von der zuständigen Schulbehörde des Staates, in dem er seinen Wohnsitz hat, ausgestellt ist und aus der hervorgeht, dass er eine Primarschule in Belgien besuchen darf. Diese Bescheinigung ist nur bei der Ersteinschreibung vorzulegen.

Absatz 1 findet keine Anwendung auf einen Schüler, der im Fremden-, Warte- oder Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen ist.

**Art. 10** - Verfrühter Eintritt in die Primarschule

In Abweichung von Artikel 8 kann ein nichtschulpflichtiges Kind die Primarschule ab dem Schuljahr besuchen, das in dem Kalenderjahr beginnt, in dem das Kind das Alter von fünf Jahren erreicht.

Die Erziehungsberechtigten treffen eine entsprechende Entscheidung nach Kenntnisnahme eines begründeten Gutachtens des Klassenrates und des zuständigen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums.

Bei einem Kind, das noch keinen Kindergarten besucht hat, ist lediglich das Gutachten eines Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums erforderlich.

*Abschnitt 4 — Dauer der Primarschulzeit***Art. 11** - Allgemeine Bestimmung

Der Schüler besucht die Primarschule während sechs Schuljahren.

**Art. 12** - Verlängerung der Primarschulzeit

In Abweichung von Artikel 11 kann der Klassenrat beschließen, dass der Schüler während seiner Primarschulzeit einmal ein zusätzliches Jahr in einer Stufe verbleibt. Im Falle eines Schulwechsels ist dieser Beschluss für alle Schulen mit derselben Stufenstruktur verbindlich.

Die Erziehungsberechtigten können auf Vorschlag des Klassenrates und auf der Grundlage eines Gutachtens des Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums beschließen, dass ihr Kind ein achttes Jahr in der Primarschule verbleibt.

**Art. 13** - Verkürzung der Primarschulzeit

In Abweichung von Artikel 11 können die Erziehungsberechtigten auf der Grundlage eines positiven Gutachtens des Klassenrates beschließen, dass ihr Kind die Primarschulzeit um ein Jahr verkürzt.

*Abschnitt 5 — Regulärer Schüler und Schulwechsel***Art. 14** - Regulärer Schüler

Als regulärer Schüler im Kindergarten gilt der Vorschüler:

1. der die in Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels angeführten Bedingungen erfüllt;
2. der in einer einzigen Schule eingeschrieben ist;
3. der, falls er in Anwendung von Artikel 7 den Kindergarten besucht, im Kindergarten anwesend ist und an den für ihn oder seine Klasse organisierten Aktivitäten teilnimmt.

Als regulärer Schüler in der Primarschule gilt der Primarschüler:

1. der die in Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels angeführten Bedingungen erfüllt;
2. der in einer einzigen Schule eingeschrieben ist;
3. der in der Primarschule anwesend ist und an den für ihn oder seine Klasse organisierten Unterrichtsaktivitäten teilnimmt.

**Art. 15** - Einschreibung in eine Primarschule und Schulwechsel

§ 1 - Die Einschreibung in eine Primarschule erfolgt spätestens am dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres.

Falls in Ausnahmefällen die Einschreibung später erfolgt, werden diese Schüler unbeschadet von Artikel 60 Absatz 3 und 70 § 1 Absatz 2 nicht bei den Berechnung berücksichtigt, die gemäß Kapitel IV, V und VI vorgenommen werden.

§ 2 - Der Schulwechsel nach dem dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres ist nur zulässig im Falle eines Wohnsitzwechsels des Schülers.

In außergewöhnlichen Fällen können die Erziehungsberechtigten in Abweichung von Absatz 1 einen begründeten Antrag auf Schulwechsel nach dem dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres über den Leiter der Schule, in die das Kind eingeschrieben werden soll, bei der Inspektion einreichen. Dieser Antrag enthält das Gutachten des Leiters der Schule, aus der der Schüler kommt. Die Inspektion entscheidet innerhalb von fünf Tagen über den Antrag. Der Schulwechsel kann erst nach Erhalt der Genehmigung erfolgen.

KAPITEL III — *Unterrichtsangebot, Zertifizierung und Organisation der Schulzeit**Abschnitt 1 — Unterrichtsangebot*

## Unterabschnitt 1 — Kindergarten

**Art. 16** - Der Aktivitätenplan umfasst verpflichtend folgende Aktivitäten:

1. mutter- und fremdsprachliche Aktivitäten,
2. psychomotorische Aktivitäten,
3. kreative Aktivitäten,
4. mathematische und naturwissenschaftliche Aktivitäten,
5. Aktivitäten zum Erlernen lebenspraktischer Fähigkeiten und sozialen Verhaltens.

## Unterabschnitt 2 — Primarschule

**Art. 17** - Fächer und Fachbereiche

Das Unterrichtsangebot umfasst verpflichtend:

1. folgende Fächer beziehungsweise Fachbereiche:
  - a) Muttersprache,
  - b) Psychomotorik und Leibeserziehung,
  - c) Kunst und Handwerk,
  - d) Mathematik,
  - e) Weltorientierung,
  - f) erste Fremdsprache,
  - g) Religion beziehungsweise nichtkonfessionelle Sittenlehre.
2. folgende fachübergreifende Bereiche:
  - a) Methodik des Lernens,
  - b) soziales Verhalten.

*Abschnitt 2 — Zertifizierung im Primarschulwesen*

**Art. 18** - Abschlusszeugnis der Grundschule

Der Grundschulbesuch schließt mit dem Abschlusszeugnis der Grundschule ab.

Das Abschlusszeugnis der Grundschule erhält der reguläre Schüler und der in Artikel 60 Absatz 2 erwähnte Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, der die Schlüsselkompetenzen in den Fächern Muttersprache, erste Fremdsprache und Mathematik sowie in den gemäß Artikel 82 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen festgelegten Fächern und Fachbereichen in ausreichendem Maße beherrscht.

**Art. 19** - Schulbesuchsbescheinigung

Der reguläre Schüler und der in Artikel 60 Absatz 2 erwähnte Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, der am Ende seiner Grundschulzeit kein Abschlusszeugnis der Grundschule erhält, hat Anrecht auf eine schriftliche Erklärung des Schulleiters, in der die erreichten Kompetenzen und die Anzahl besuchter Schuljahre angeführt sind.

**Art. 20** - Schulexternes Abschlusszeugnis der Grundschule

Die Regierung bestimmt auf der Grundlage eines Gutachtens der Inspektion eine Schule, in der ein Prüfungsausschuss zur schulexternen Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule eingesetzt wird.

Der Ausschuss setzt sich zusammen aus einem Mitglied der Inspektion, dem Schulleiter und Mitgliedern des Lehrpersonals der betreffenden Schule. Den Vorsitz des Ausschusses übernimmt das Mitglied der Inspektion.

**Art. 21** - Modalitäten

Die Regierung regelt die Modalitäten der schulinternen und schulexternen Vergabe von Abschlusszeugnissen der Grundschule und der Vergabe der Schulbesuchsbescheinigung und bestimmt die Form des Abschlusszeugnisses und der Schulbesuchsbescheinigung.

*Abschnitt 3 — Organisation der Schulzeit*

**Art. 22** - Schultag und Wochenstundenplan

§ 1 - Der Schulleiter in einer Gemeinschaftsschule bzw. der Schulträger in einer subventionierten Schule legt auf Vorschlag des Pädagogischen Rates und nach Rücksprache mit der Eltern- und der Personalvertretung einer anerkannten Arbeitnehmerorganisation, falls vorhanden, die Öffnungszeiten der Schule, den Zeitpunkt des Unterrichtsbeginns und des Unterrichtsendes sowie die Dauer der Mittagspause fest.

In Abweichung von Artikel 64 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen liegen Unterrichtsbeginn und Unterrichtsende zwischen 8 und 16 Uhr.

§ 2 - Die Öffnungszeiten der Schule tragen der offiziell organisierten Schülerbeförderung Rechnung.

Unbeschadet von Absatz 1 ist die Schule vormittags und nachmittags eine Viertelstunde vor Beginn des Unterrichts und eine Viertelstunde nach Unterrichtsende geöffnet.

Während der Öffnungszeiten gewährleistet der Schulträger eine angemessene Beaufsichtigung der Schüler.

§ 3 - Der Wochenstundenplan des Schülers umfasst 28 Unterrichtsstunden.

KAPITEL IV — *Anerkennung und Subventionierung**Abschnitt 1 — Anerkennung***Art. 23** - Bedingungen

Eine Schule kann anerkannt werden, wenn:

1. sie unter der Verantwortung eines Schulträgers steht;
2. sie in Räumlichkeiten untergebracht ist, die den Hygiene-, Sicherheits- und Bewohnbarkeitskriterien entsprechen;
3. sie eine Primarschule oder eine Primarschule und einen Kindergarten umfasst, die nach den Bestimmungen des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen und des vorliegenden Dekretes strukturiert sind;
4. sie eine pädagogische Einheit bildet;
5. sie über ausreichend Lehrmittel und über eine angepasste Schulausrüstung verfügt;
6. sie den Gesetzes- und Ordnungsbestimmungen über die Regelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen entspricht;
7. sie den Bestimmungen über die Ferien- und Unterrichtszeit entspricht;
8. sie einem Aktivitätenplan oder Studienprogramm folgt, die durch die Regierung genehmigt wurden;
9. sie das Gesellschaftsprojekt verwirklicht und die Entwicklungsziele beziehungsweise die Schlüsselkompetenzen in den Fächern Muttersprache, erste Fremdsprache und Mathematik vermittelt;
10. sie sich der Kontrolle des Ministeriums unterwirft, was die Einhaltung der in den Nummern 1 bis 9 angeführten Bedingungen betrifft.

**Art. 24** - Anerkennungsverfahren

Die Regierung erteilt die Anerkennung. Sie gilt ab dem ersten Tag eines Schuljahres und kann nicht rückwirkend ausgesprochen werden.

Die Regierung legt das Anerkennungsverfahren fest.

**Art. 25** - Aufhebung der Anerkennung

Die Regierung kann die Anerkennung einer Schule oder einer Niederlassung rückgängig machen, wenn die Schule oder die Niederlassung eine oder mehrere Bedingungen des Artikels 23 nicht mehr erfüllt.

Die Regierung legt das Verfahren fest, nach dem die Anerkennung rückgängig gemacht wird. Das Verfahren enthält ausreichend Verteidigungsmittel.

**Art. 26** - Vergabe von Abschlüssen

Von Rechts wegen kann der Schulträger einer anerkannten Schule die in Artikel 18 und 19 vorgesehenen Abschlusszeugnisse und Schulbesuchsbescheinigungen ausstellen.

*Abschnitt 2 — Funktionssubventionen***Art. 27** - Anrecht

Eine Schule, die nicht von der Gemeinschaft organisiert wird und welche die Bedingungen des Abschnitts 1 des vorliegenden Kapitels und des Kapitels V Abschnitte 1 bis 3 sowie alle Bedingungen des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen erfüllt, hat ab Beginn des Schuljahres, in dem diese Bedingungen erfüllt sind, Anrecht auf Funktionssubventionen.

**Art. 28** - Verwendung der Funktionssubventionen

Die Funktionssubventionen werden verwendet:

1. um Funktions- und Ausstattungskosten zu decken;
2. um Schulbücher und Material zu erwerben, das den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt wird;
3. um Gebäude, Räumlichkeiten, Mobiliar und Installationen zu kaufen oder zu mieten;
4. um Kosten für Reparatur- und Unterhaltsarbeiten sowie für die Rückzahlung von Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen zu tragen.

**Art. 29** - Auszahlungsmodalitäten

Die Funktionssubventionen werden den Schulträgern ab Beginn des Haushaltsjahres monatlich in Zwölfteilen ausgezahlt, und zwar jeweils vor dem 22. jeden Monats.

**Art. 30** - Höhe der Funktionssubventionen

§ 1 - Für den Kindergarten beläuft sich der Betrag der Funktionssubventionen auf 6.550 Franken pro regulärem Schüler, der bis zum letzten Schultag des Monats September an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend war.

Für die Primarschule beläuft sich der Betrag der Funktionssubventionen auf 8.800 Franken pro regulärem Schüler, der am dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres eingeschrieben ist.

Für eine Mittagsaufsicht, die gemäß Artikel 77 § 1 organisiert wird, erhält der Schulträger pro Niederlassung für die erste angefangene Gruppe von 75 regulären Schülern eine Subvention in Höhe von 285 Franken, wenn der Aufseher Inhaber eines pädagogischen Befähigungsnachweises ist, beziehungsweise eine Subvention in Höhe von 215 Franken, wenn der Aufseher nicht Inhaber eines pädagogischen Befähigungsnachweises ist.

Zählt die Schule beziehungsweise Niederlassung mehr als 75 reguläre Schüler, hat der Schulträger für jede zusätzliche angefangene Gruppe von 75 regulären Schülern Anrecht auf einen weiteren Subventionsbetrag in Höhe der in Absatz 3 festgelegten Beträge, wenn er für die Mittagsaufsicht zusätzliche Aufseher verpflichtet.

Die Berechnung der Schülerzahl erfolgt gemäß den Artikeln 53 bis 55 und 58 bis 60.

§ 2 - Die in § 1 festgelegten Beträge der Funktionssubventionen werden jedes Jahr im Monat September entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex erhöht oder vermindert.

Als Basisindex gilt der Index des Monats September 1998 (102,7). Für die Berechnung der Anpassung wird jeweils der Index des Monats September des Vorjahres berücksichtigt.

#### *Abschnitt 3 — Gehaltssubventionen*

##### **Art. 31 - Anrecht**

§ 1 - Eine Schule, die nicht von der Gemeinschaft organisiert wird, hat für die Personalmitglieder in den Kategorien Direktions- und Lehrpersonal ab Beginn des Schuljahres Anrecht auf Gehaltssubventionen, wenn

1. die Schule die Bedingungen des Abschnitts 1 des vorliegenden Kapitels und des Kapitels V Abschnitte 1 bis 3 sowie alle Bedingungen des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen erfüllt;

2. es sich um Personalmitglieder handelt, die

a) Belgier oder Bürger der Europäischen Union sind; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) die bürgerlichen und politischen Rechte besitzen;

c) Inhaber eines auf Grund der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen erforderlichen oder als ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind;

d) über einen Gesundheitszustand verfügen, der weder die Gesundheit der Schüler noch die der anderen Personalmitglieder in Gefahr bringt;

e) den Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen bezüglich der Regelung über den Sprachgebrauch im Unterrichtswesen entsprechen;

f) unter Beachtung der Bestimmungen über die Wiedereinberufung in den Dienst oder die Wiederbeschäftigung angeworben beziehungsweise eingestellt sind.

§ 2 - Die Bestimmungen von § 1 sind ebenfalls anwendbar auf die Personalmitglieder der Kategorie Verwaltungspersonal im freien subventionierten Unterrichtswesen.

§ 3 - Die Gehaltssubventionen werden monatlich direkt an die Personalmitglieder der subventionierten Schulen ausgezahlt.

#### *KAPITEL V — Gründung, Aufrechterhaltung und Schliessung von Schulen*

##### *Abschnitt 1 — Geltungsbereich der Normen*

##### **Art. 32 - Anwendungsbereich**

Die im vorliegenden Kapitel angeführten Normen gelten pro Schule beziehungsweise Niederlassung, Sprachabteilung und Schulebene.

##### *Abschnitt 2 — Gründung*

##### **Art. 33 - Gründung einer Primarschule**

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen wird eine Primarschule im Gründungsjahr ab dem ersten Tag des Schuljahres organisiert oder subventioniert, wenn sie am dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres mindestens 75 schulpflichtige reguläre Primarschüler zählt.

§ 2 - Eine gemäß § 1 gegründete Primarschule muss die entsprechende Gründungsnorm im zweiten, dritten und vierten Jahr ihres Bestehens erfüllen. Stichtag ist jeweils der dritte Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie ab dem ersten Schultag geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert.

##### **Art. 34 - Gründung eines Kindergartens**

§ 1 - Ein Kindergarten kann nur als Schulebene einer Grundschule gegründet werden.

Unbeschadet des Artikels 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen wird ein Kindergarten im Gründungsjahr ab dem ersten Tag eines Schuljahres organisiert oder subventioniert, wenn er am letzten Schultag des Monats September mindestens 25 Schüler zählt. Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die ihren Wohnsitz in Belgien haben und bis zum letzten Schultag des Monats September an mindestens zehn Schultagen halbtags im betreffenden Kindergarten anwesend waren.

Erfüllt der Kindergarten die in den Absätzen 1 oder 2 festgelegten Bedingungen nicht, wird er ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die Gehalts- und Funktionskosten für den Monat September.

§ 2 - Ein gemäß § 1 gegründeter Kindergarten muss die entsprechenden Bedingungen im zweiten, dritten und vierten Jahr seines Bestehens erfüllen. Stichtag ist jeweils der letzte Schultag des Monats September.

Erfüllt der Kindergarten die in Absatz 1 festgelegten Bedingungen nicht, wird er ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die Gehalts- und Funktionskosten für den Monat September.

##### *Abschnitt 3 — Schließung und Wiedereröffnung*

##### **Art. 35 - Schließung und Wiedereröffnung einer Primarschule**

Eine Primarschule, die drei Arbeitstage vor Beginn des Schuljahres keine zwölf regulären Primarschüler zählt, wird ab dem ersten Schultag geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert.

Unbeschadet von Artikel 33 kann eine Primarschule, die geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, innerhalb von zehn Jahren nach der Schließung ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn sie am dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres zwölf reguläre Schüler zählt.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie ab dem ersten Schultag geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert.

**Art. 36 - Schließung und Wiedereröffnung eines Kindergartens**

§ 1 - Ein Kindergarten, der am letzten Schultag des Monats September keine sechs Schüler zählt, wird ab dem ersten Oktober geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert.

Unbeschadet von Artikel 34 kann ein Kindergarten, der geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, innerhalb von zehn Jahren nach der Schließung ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn er am letzten Schultag des Monats September mindestens sechs Schüler zählt.

Erfüllt der Kindergarten die in Absatz 2 festgelegten Bedingungen nicht, wird er ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die Gehalts- und Funktionskosten für den Monat September.

Berücksichtigt werden die regulären Schüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und bis zum letzten Schultag des Monats September an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Absatz 4 können auch die Schüler berücksichtigt werden, die ihren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer in- oder ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts haben, falls diese Körperschaft sich anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen, unter der Bedingung, dass diese Beteiligung Gegenstand einer schriftlichen Vereinbarung ist.

*Abschnitt 4 — Fusion und Neugliederung*

*Unterabschnitt 1 — Fusion*

**Art. 37 - Definition**

Eine Schulfusion kann folgende Formen annehmen:

1. das Zusammenlegen zweier oder mehrerer gleichzeitig geschlossener Schulen zu einer neuen Schule, die von einem Schulleiter geleitet wird;
2. das Zusammenlegen zweier oder mehrerer Schulen zu einer Schule, die von einem Schulleiter geleitet wird, wobei eine der Schulen weiterbesteht und eine oder mehrere andere Schulen übernimmt.

**Art. 38 - Modalitäten der Fusion**

§ 1 - Jede Schule kann mit einer oder mehreren anderen Schulen fusionieren. Eine Fusion erfolgt mindestens drei Arbeitstage vor Beginn des Schuljahres und tritt am ersten Schultag in Kraft.

Eine aus einer Fusion hervorgegangene Schule gilt für die Anwendung von Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels nicht als neu gegründete Schule.

§ 2 - Im Falle einer Fusion von Schulen kann die Regierung jährlich für die Dauer von höchstens vier Schuljahren von den Bestimmungen des Kapitels VI abweichen. Allerdings darf die Abweichung nicht zur Folge haben, dass das Stellenkapital über jenes hinausgeht, das für die von der Fusion betroffenen Schulen im Schuljahr vor der Fusion in Anwendung von Kapitel VI ermittelt worden ist.

*Unterabschnitt 2 — Neugliederung*

**Art. 39 - Prinzip**

Schulträger können eine oder mehrere ihrer am Tag des In-Kraft-Tretens dieses Dekretes bestehenden Schulen innerhalb der Gemeindegrenzen, in denen sie gelegen sind, neu gliedern. Die in Artikel 33 und 34 festgelegten Gründungsnormen finden keine Anwendung.

**Art. 40 - Bedingungen**

Eine Neugliederung kann unter folgenden Bedingungen stattfinden:

1. sie darf nicht zur Folge haben, dass die am Tag des In-Kraft-Tretens des vorliegenden Dekretes bestehende Anzahl Schulen oder Niederlassungen sich erhöht;
2. die in Artikel 35 Absatz 1 und Artikel 36 § 1 Absatz 1 erwähnten Normen dürfen nicht unterschritten werden.

**Art. 41 - Inkrafttreten**

Eine Neugliederung tritt am ersten Tag eines Schuljahres und nicht rückwirkend in Kraft.

*KAPITEL VI — Stellenberechnung*

*Abschnitt 1 — Schulleitung und Verwaltungspersonal*

*Unterabschnitt 1 — Prinzip*

**Art. 42 - Schulleiter**

§ 1 - Pro Schule wird eine Stelle als Schulleiter organisiert beziehungsweise subventioniert.

Je nach Schülerzahl ist der Schulleiter ganz oder teilweise von seiner Lehrtätigkeit befreit. Zu diesem Zweck erhält der Schulträger für die betreffende Schule entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. von 50 bis 99 Schüler: eine Viertelstelle,
2. von 100 bis 149 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 150 bis 179 Schüler: drei Viertelstellen,
4. ab 180 Schülern: eine Vollzeitstelle.

§ 2 - Das Gehalt des Schulleiters wird gemäß den Besoldungsstufen unter folgenden Bedingungen bestimmt:

1. bis 71 Schüler: die Besoldungsstufe eines Schulleiters einer Schule mit einer bis drei Klassen,
2. von 72 bis 140 Schüler: die Besoldungsstufe eines Schulleiters einer Schule mit vier bis sechs Klassen,
3. von 141 bis 209 Schüler: die Besoldungsstufe eines Schulleiters einer Schule mit sieben bis neun Klassen,

4. ab 210 Schülern: die Besoldungsstufe eines Schulleiters einer Schule mit zehn oder mehr Klassen.

**Art. 43** - Korrespondent-Buchhalter

Für eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder eine freie subventionierte Schule, die nicht in einer Niederlassung einer Sekundar- oder Hochschule desselben Schulträgers angesiedelt ist, erhält der Schulträger für das Amt des Korrespondenten-Buchhalters entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. bis 49 Schüler: eine Viertelstelle,
2. von 50 bis 149 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 150 bis 249 Schüler: drei Viertelstellen,
4. ab 250 Schülern: eine Vollzeitstelle.

Unterabschnitt 2 — Berechnungsgrundlage

**Art. 44** - Prinzip

Die Berechnung des Stellenkapitals erfolgt pro Schule.

Stichtag für die Berechnung ist der dritte Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres.

**Art. 45** - Art der Zählung

Folgende Schüler werden zusammengezählt:

1. die regulären Vorschüler, wobei die Vorschüler einer Schule, die in Anwendung der Artikel 34 und 36 geschlossen wurde, spätestens bis zum dritten Schultag berücksichtigt werden;
2. die regulären Primarschüler, wobei die Primarschüler einer Schule, die in Anwendung der Artikel 33 und 35 geschlossen wurde, spätestens bis zum dritten Schultag berücksichtigt werden;
3. die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen.

Unterabschnitt 3 — Verwendung des Stellenkapitals

**Art. 46** - Anwendungsdauer

Das gemäß den Artikeln 42 bis 45 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

**Art. 47** - Verwendung

Das in den Artikeln 42 bis 45 ermittelte Stellenkapital wird in der Schule verwendet, deren Schülerzahl Anrecht auf diese Stellen gibt.

Abschnitt 2 — Pädagogische Koordination

Unterabschnitt 1 — Prinzip

**Art. 48** - Pädagogische Koordination

Für pädagogische Koordinations-, Animations- und Betreuungsaufgaben erhält der Schulträger für die betreffende Schule entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. von 280 bis 379 Schülern: eine Viertelstelle,
2. von 380 bis 479 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 480 bis 579 Schüler: drei Viertelstellen,
4. ab 580 Schülern: eine Vollzeitstelle.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 erhält der Schulträger eine Viertelstelle, wenn die betreffende Schule mindestens 220 Schüler zählt und mindestens vier Niederlassungen hat.

Unterabschnitt 2 — Berechnungsgrundlage

**Art. 49** - Prinzip

Die Berechnung des Stellenkapitals erfolgt pro Schule.

Stichtag für die Berechnung ist der dritte Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres.

**Art. 50** - Art der Zählung

Folgende Schüler werden zusammengezählt:

1. die regulären Vorschüler, wobei die Vorschüler einer Schule, die in Anwendung der Artikel 34 und 36 geschlossen wurde, spätestens bis zum dritten Schultag berücksichtigt werden;
2. die regulären Primarschüler, wobei die Primarschüler einer Schule, die in Anwendung der Artikel 33 und 35 geschlossen wurde, spätestens bis zum dritten Schultag berücksichtigt werden;
3. die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen.

Unterabschnitt 3 — Verwendung des Stellenkapitals

**Art. 51** - Anwendungsdauer

Das gemäß den Artikeln 48 bis 50 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

**Art. 52 - Verwendung**

Das in den Artikeln 48 bis 50 ermittelte Stellenkapital wird in der Schule verwendet, deren Schülerzahl Anrecht auf diese Stellen gibt.

Es wird dem im Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels ermittelten Stellenkapital hinzugefügt.

*Abschnitt 3 — Lehrpersonal*

## Unterabschnitt 1 — Kindergarten

**Art. 53 - Stellenanzahl**

Im Vorschulwesen erhält der Schulträger entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

Schüler	Vollzeitstellen
bis 19	1
20-25	1,5
26-32	2
33-39	2,25
40-44	2,5
45-50	2,75
51-55	3
56-61	3,25
62-67	3,5
68-72	3,75
73-78	4
79-83	4,25
84-89	4,5
90-95	4,75
96-100	5
101-106	5,25
107-111	5,5
112-117	5,75
118-123	6
124-128	6,25
129-134	6,5
135-139	6,75
140-145	7

Für jede weitere angefangene Gruppe von fünf Schülern: eine zusätzliche Viertelstelle.

**Art. 54 - Zählweise**

Bei der Berechnung gelten folgende Regeln:

1. pro Sprachabteilung wird eine getrennte Berechnung vorgenommen;
2. besteht eine Schule aus mehreren Niederlassungen, werden die Schüler der einzelnen Niederlassungen pro Sprachabteilung getrennt berechnet.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 2 werden die Schüler von Niederlassungen, die weniger als zwei Kilometer auseinander liegen, zusammen berechnet. Dabei wird die kürzeste Entfernung auf dem Straßenweg im Sinne von Artikel 2 Nr. 1 des Königlichen Erlasses vom 1. Dezember 1975 über die Straßenverkehrsordnung ohne Berücksichtigung von Umleitungen oder Einbahnstraßen zu Grunde gelegt.

**Art. 55 - Stichtag und zu berücksichtigende Schüler**

Stichtag für die Berechnung des Stellenkapitals ist der letzte Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die bis zum letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren.

**Art. 56 - Neuberechnung des Stellenkapitals im Laufe eines Schuljahres**

Auf Antrag des Schulträgers erfolgt in Niederlassungen, die gemäß den Artikeln 53 bis 55 mindestens 26 Schüler zählten, am 15. März eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die während der letzten fünfzehn Unterrichtstage bis zum 15. März einschließlich an mindestens zehn Unterrichtstagen halbtags anwesend waren.



**Art. 57 - Verwendungsdauer**

§ 1 - Das gemäß den Artikeln 53 bis 55 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober des laufenden bis zum 30. September des folgenden Schuljahres zur Verfügung.

Der Schulträger kann bereits am ersten Tag des Schuljahres zusätzliche Viertelstellen einrichten, wobei die Stellen, die am 1. Oktober auf Grund der erfolgten Berechnung weniger zur Verfügung stehen, zu seinen Lasten gehen.

§ 2 - Das gemäß den Artikeln 53, 54 und 56 ermittelte Stellenkapital steht zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine halbe Vollzeitstelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober gewährt wurde.

In diesem Fall steht es dem Schulträger vom ersten Schultag nach dem 15. März bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung.

## Unterabschnitt 2 — Primarschule

**Art. 58 - Stellenanzahl**

Im Primarschulwesen erhält der Schulträger entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

Schüler	Vollzeitstellen
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

Für jede weitere angefangene Gruppe von fünf Schülern: eine zusätzliche Viertelstelle.

**Art. 59 - Zählweise s. teilweise Art. 55**

Bei der Berechnung gelten folgende Regeln:

1. pro Sprachabteilung wird eine getrennte Berechnung vorgenommen;
2. besteht eine Schule aus mehreren Niederlassungen, werden die Schüler der einzelnen Niederlassungen pro Sprachabteilung getrennt berechnet.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 2 werden die Schüler von Niederlassungen, die weniger als zwei Kilometer auseinander liegen, zusammen berechnet. Dabei wird die kürzeste Entfernung auf dem Straßenweg im Sinne von Artikel 2 Nr. 1 des Königlichen Erlasses vom 1. Dezember 1975 über die Straßenverkehrsordnung, ohne Berücksichtigung von Umleitungen oder Einbahnstraßen zu Grunde gelegt.

**Art. 60 - Stichtag und zu berücksichtigende Schüler**

Stichtag für die Berechnung des Stellenkapitals in der Primarschule ist der dritte Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres.

Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler sowie die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschule angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden dem Unterricht folgen.

Ebenfalls berücksichtigt werden die regulären Primarschüler einer Schule, die in Anwendung der Artikel 33 und 35 geschlossen wurde und die spätestens bis zum dritten Schultag in der Schule eingeschrieben sind.

**Art. 61 - Verwendungsdauer**

Das gemäß den Artikeln 58 bis 60 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

## Unterabschnitt 3 — Gemeinsame Bestimmungen für den Kindergarten und die Primarschule

**Art. 62 - Solidarität und Übertragung von Stellenkapital**

§ 1 - Das gemäß Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels ermittelte Stellenkapital kann von einer Schulebene zu einer anderen, von einer Niederlassung zu einer anderen, von einer Sprachabteilung zu einer anderen, von einer Schule zu einer anderen übertragen werden. Davon ausgenommen ist das gemäß den Artikeln 53, 54 und 56 ermittelte Stellenkapital.

Die Übertragung von einer Schulebene zu einer anderen kann nur in Viertelstellen erfolgen.

Die in den Absätzen 1 und 2 angeführte Übertragung findet nur innerhalb des offiziellen, von der Gemeinschaft organisierten, des offiziellen, von der Gemeinschaft subventionierten und des freien, von der Gemeinschaft subventionierten Unterrichtswesens statt.

§ 2 - Die Übertragung von Stellenkapital darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.

Eine definitive Ernennung oder definitive Einstellung ist nicht zulässig für eine Stelle oder Teile einer Stelle, die in Anwendung von § 1 geschaffen wurde.

**Art. 63 - Konzertierung und Anhörung**

Über die Verwendung des Stellenkapitals entscheidet der Schulträger oder sein Bevollmächtigter nach Konzertierung mit dem Direktions- und Lehrpersonal und nach Anhörung der Elternvertretungen.

**Art. 64 - Einschränkende Bestimmungen**

Zum Praktikum zugelassene sowie definitiv ernannte Personalmitglieder des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder in derselben Schule im selben Amt tätig sind.

Definitiv ernannte Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder beim selben Schulträger im selben Amt tätig sind.

Definitiv eingestellte Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder in den Schulen des freien subventionierten Unterrichtswesens, die sich in derselben Gemeinde befinden, im gleichen Amt tätig sind.

Ein Fachlehrer, dessen Dienstleistungen im Stellenkapital einbegriffen sind, kann nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, damit ein Primarschullehrer eingestellt werden kann.

Ein Primarschullehrer kann nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, damit ein Fachlehrer eingesetzt werden kann, dessen Dienstleistungen im gemäß den Artikeln 58 bis 60 und 68 § 4 ermittelten Stellenkapital einbegriffen sind.

#### Abschnitt 4 — Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre

##### Unterabschnitt 1 — Prinzip

###### Art. 65 - Anzahl wöchentlicher Unterrichtsstunden

Jeder Primarschüler erhält wöchentlich zwei Stunden Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre.

Zu diesem Zweck erhält der Schulträger für jeden in seiner Schule eingerichteten Kurs in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre zwei Unterrichtsstunden pro Woche.

##### Unterabschnitt 2 — Einrichtung der Kurse und Schülerzählung

###### Art. 66 - Berechnungsregeln

Die in Artikel 59 angeführten Regeln über die Berechnung finden Anwendung auf vorliegenden Unterabschnitt.

###### Art. 67 - Stichtag s. Art. 65

Unbeschadet von Artikel 70 § 1 Absätze 2 und 3 ist der Stichtag für die Schülerzählung der dritte Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres. Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler.

###### Art. 68 - Anrecht

§ 1 - In einer Niederlassung, die über eine oder zwei Klassen verfügt, wird der Unterricht in Religion beziehungsweise nichtkonfessioneller Sittenlehre für jede Klasse eingerichtet.

§ 2 - In einer Niederlassung, die über drei oder mehr Klassen verfügt, wird die Zahl der Kurse wie folgt festgelegt:

bis 23 Schüler	1 Kurs,
von 24 bis 44 Schüler	2 Kurse,
von 45 bis 71 Schüler	3 Kurse,
von 72 bis 94 Schüler	4 Kurse,
von 95 bis 117 Schüler	5 Kurse,
von 118 bis 140 Schüler	6 Kurse,
von 141 bis 163 Schüler	7 Kurse,
von 164 bis 186 Schüler	8 Kurse,
von 187 bis 209 Schüler	9 Kurse,
von 210 bis 231 Schüler	10 Kurse,
von 232 bis 256 Schüler	11 Kurse

Für jede weitere angefangene Gruppe von 25 Schülern wird ein Kurs hinzugefügt.

§ 3 - Die Schüler werden für jeden Unterricht in Religion beziehungsweise nichtkonfessioneller Sittenlehre nach aufeinander folgenden Studienjahren zusammengezählt. Dabei handelt es sich um das erste und zweite Studienjahr, das dritte und vierte Studienjahr sowie das fünfte und sechste Studienjahr, in den Artikeln 69 und 70 jeweils als Stufe bezeichnet.

§ 4 - Falls der Unterricht in Religion und nichtkonfessioneller Sittenlehre in Anwendung von Artikel 71 von einem Primarschullehrer erteilt wird, werden die gemäß §§ 1 und 2 ermittelte Kurse um die Anzahl Kurse reduziert, die der Primarschullehrer übernimmt. Dies darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.

Die entsprechende Stundenzahl wird dem in Anwendung von Artikel 58 bis 60 ermittelten Stellenkapital hinzugefügt. Eine definitive Ernennung beziehungsweise Einstellung ist in diesen Stunden nicht zulässig.

###### Art. 69 - Abweichung für weniger besuchte Unterrichte

In Abweichung von Artikel 68 können für jeden Unterricht in Religion beziehungsweise nichtkonfessioneller Sittenlehre, für den sich weniger als 24 Schüler pro Stufe eingeschrieben haben, zwei Kurse organisiert oder subventioniert werden, falls alle nachfolgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. in der betreffenden Stufe haben sich mindestens sechs Schüler für den betreffenden Unterricht eingeschrieben;
2. die vorerwähnten Schüler verteilen sich auf die beiden Studienjahre der Stufe;
3. der Unterricht, in dem die meisten Schüler einer Stufe eingeschrieben sind, wird für mindestens 24 Schüler eingerichtet.

##### Unterabschnitt 3 — Verwendung der Unterrichtsstunden für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre

###### Art. 70 - Anwendungsdauer und einschränkende Bestimmungen

§ 1 - Das gemäß Artikel 68 und 69 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

Sobald sich ein Schüler in einer Schule oder Niederlassung mit getrennter Zählung einschreibt und der von ihm gewählte Unterricht in Religion oder nichtkonfessioneller Sittenlehre in der Niederlassung und in der Stufe, in der er eingeschrieben ist, nicht organisiert beziehungsweise subventioniert wird, werden für den betreffenden Schüler zwei Unterrichtsstunden in Religion beziehungsweise nichtkonfessioneller Sittenlehre organisiert oder subventioniert.

Folgt im Laufe eines Schuljahres kein Schüler einer bestimmten Stufe mehr einem Religionsunterricht oder einem Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre, wird der Unterricht in dieser Stufe nur bis zum letzten Tag des Monats der Abmeldung des letzten Schülers organisiert beziehungsweise subventioniert.

§ 2 - Zum Praktikum zugelassene sowie definitiv ernannte Religionslehrer und Lehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder in derselben Schule im selben Amt tätig sind.

Definitiv ernannte Religionslehrer und Lehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder beim selben Schulträger im selben Amt tätig sind.

Definitiv eingestellte und anerkannte Religionslehrer und Lehrer für nichtkonfessionelle Sittenlehre des freien subventionierten Unterrichtswesens dürfen nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, solange zeitweilige Personalmitglieder in den Schulen des freien subventionierten Unterrichtswesens, die sich in derselben Gemeinde befinden, im gleichen Amt tätig sind.

§ 3 - Ein Religionslehrer kann nicht wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden, wenn ein Primarschullehrer Kurse für Religion übernimmt.

#### **Art. 71 - Verwendung**

Unbeschadet des Artikels 65bis des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions-, und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, Sonder, technischen, Kunst und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienste, kann

1. der Unterricht in Religion von einem Primarschullehrer erteilt werden, wenn das Einverständnis des betreffenden Kultusträgers, falls es ihn gibt, des Schulträgers und des betreffenden Lehrers vorliegt;
2. der Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre von einem Primarschullehrer mit dessen Einverständnis und dem des Schulträgers erteilt werden.

Die Unterrichtsstunden für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre werden in der Niederlassung verwendet, deren Schülerzahl Anrecht auf diese Stunden gibt.

### KAPITEL VII — *Wochenarbeitszeit*

#### **Art. 72 - Schulleiter**

Der Schulleiter übt während der Öffnungszeiten der Schulen und während der Zeit, die zur Verwirklichung des Schulprojektes dient, sein Amt aus.

#### **Art. 73 - Korrespondent-Buchhalter**

Die Arbeitszeit des Korrespondenten-Buchhalters beträgt 36 Stunden zu 60 Minuten.

#### **Art. 74 - Lehrpersonal**

Die Dienstleistungen des Lehrpersonals umfassen die Aufträge, die in Artikel 97 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen festgehalten sind.

Die Dienstleistungen, die das Lehrpersonal in der Schule erbringt, belaufen sich auf höchstens 26 Stunden zu 60 Minuten und umfassen:

1. die im Rahmen der jeweiligen Stundenspanne zu erbringende Unterrichtsleistung;
2. die Aufsichtsleistung, die dem Personalmitglied vom Schulträger innerhalb des in Artikel 22 § 2 Absatz 2 festgelegten zeitlichen Rahmens auferlegt wird;
3. die Aufsichtsleistung, die das Personalmitglied außerhalb des in Artikel 22 § 2 Absatz 2 festgelegten zeitlichen Rahmens freiwillig und nach Konzertierung mit den Personalvertretungen erbringt;
4. die Aufsichtsleistung, die das Personalmitglied außerhalb des in Artikel 22 § 2 Absatz 2 festgelegten zeitlichen Rahmens freiwillig während der Mittagspause erbringt, falls für diese Aufsicht keine gemäß Artikel 30 § 1 Absätze 3 und 4 gewährte finanzielle Unterstützung ausgezahlt wird;
5. weitere Dienstleistungen, die das Personalmitglied gemäß Artikel 97 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen erbringt.

#### **Art. 75 - Kindergarten**

Die Kindergärtnerin erteilt 24 bis 28 Unterrichtsstunden.

#### **Art. 76 - Primarschule**

Der Primarschullehrer erteilt 24 bis 26 Unterrichtsstunden.

Der Fachlehrer für Leibeserziehung und der Lehrer für Religion oder nichtkonfessionelle Sittenlehre erteilen 24 bis 28 Unterrichtsstunden.

#### **Art. 77 - Mittagsaufsicht**

§ 1 - Im Rahmen des Schulprojektes kann der Schulträger seine Schulen während der Mittagspausen öffnen.

In diesem Falle ist der Schulträger verpflichtet, die Aufsicht der Schüler zu gewährleisten. Zur Unterstützung erhält er finanzielle Mittel seitens der Regierung.

Die Regierung legt die entsprechenden Modalitäten fest.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Absatz 2 erhält der Schulträger keine finanziellen Mittel für die Mittagsaufsicht, die von einem Mitglied des Lehrpersonals im Rahmen seiner in Artikel 74 festgelegten Arbeitszeit wahrgenommen wird.

KAPITEL VIII — *Rückforderungen und Strafmassnahmen**Abschnitt 1 — Rückforderungen***Art. 78** - Prinzip

Die Regierung fordert die zu Unrecht ausgezahlten Gehälter, Gehaltssubventionen und Funktionssubventionen zurück.

Handelt es sich um zu Unrecht ausgezahlte Funktionssubventionen, kann die Rückforderung anhand einer Einbehaltung der ausstehenden Funktionssubventionen erfolgen.

**Art. 79** - Verjährung

Die Möglichkeit, die in Artikel 78 Absatz 1 angeführte Rückforderung vorzunehmen, verjährt innerhalb einer Zeitspanne von zwei Jahren, beginnend am 1. Januar, der dem Zeitpunkt der Auszahlung folgt.

In Abweichung von Absatz 1 beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre, falls die Berechnung der ausgezahlten Gehälter oder Subventionen auf Grund betrügerischer Handlungen oder falscher Angaben erfolgt ist.

*Abschnitt 2 — Strafmaßnahmen***Art. 80** - Einbehaltung von Funktionssubventionen

§ 1 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 78 führen folgende Übertretungen zu Strafmaßnahmen:

1. das Nichtvorhandensein eines in Anwendung von Artikel 16 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen zu entwerfenden Erziehungsprojektes;

2. das Nichtvorhandensein eines in Anwendung von Artikel 20 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen zu entwerfenden Schulprojektes;

3. das Nichtvorhandensein einer in Anwendung von Artikel 40 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen festzulegenden Schulordnung;

4. die Nichteinsetzung eines in Anwendung von Artikel 48 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen einzusetzenden Pädagogischen Rates.

§ 2 - Die Strafmaßnahme für den Schulträger, bei dem eine der in § 1 angeführten Übertretungen festgestellt wird, nimmt nach erfolgter Verwarnung während der Dauer der Übertretung die Form einer Einbehaltung ausstehender Funktionssubventionen an.

Der Betrag der Einbehaltung darf 20% der Funktionssubventionen nicht übersteigen, die die Schule, in der die Übertretung festgestellt wird, für das laufende Schuljahr erhalten soll.

**Art. 81** - Rückerstattung von Funktionssubventionen

§ 1 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 78 führen folgende Übertretungen zu Strafmaßnahmen:

1. die Nichtachtung der in Artikel 19 § 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen enthaltenen Bestimmungen über unlautere Praktiken,

2. die Nichtachtung des Prinzips der Unentgeltlichkeit des Zugangs zum Primarunterricht in Anwendung von Artikel 32 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen,

3. die Nichtachtung der in Artikel 42 bis 45 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Grundsätze bezüglich eines Disziplinarverfahrens,

4. die Nichtachtung der in Artikel 57 bis 60 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen enthaltenen Bestimmungen über die Dauer eines Schuljahres sowie die Urlaubs- und Ferienregelung,

5. die Nichtachtung der in den Artikeln 5 bis 13 und 15 angeführten Zulassungsbedingungen;

6. Missbräuche bei der Verwendung der in den Artikeln 27 bis 30 angeführten Funktionssubventionen,

7. Missbräuche bei der Zählung der regulären Primar- oder Vorschüler im Zusammenhang mit der Gründung, Aufrechterhaltung und Schließung von Schulen,

8. Missbräuche bei der Berechnung und der Verwendung des Stellenkapitals.

§ 2 - Die Strafmaßnahme für den Schulträger, bei dem eine der in § 1 angeführten Übertretungen festgestellt wird, nimmt die Form einer Rückerstattung bereits ausgezahlter Funktionssubventionen an.

Die Rückerstattung darf 20% der Funktionssubventionen nicht übersteigen, die die Schule, in der die Übertretung festgestellt wird, für das vorhergehende Schuljahr erhalten hat.

**Art. 82** - Verfahren

Die Regierung legt die weiteren Regeln bezüglich der Feststellung der Übertretungen sowie der Anwendung der Strafmaßnahmen fest. Dieses Verfahren enthält ausreichend Verteidigungsmittel.

KAPITEL IX — *Aufhebungs-, Abänderungs- und Übergangsbestimmungen*

**Art. 83** - § 1 - Werden aufgehoben:

1. Artikel 13, 14 und 15 der am 20. August 1957 koordinierten Gesetze über das Primarschulwesen,
2. Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1969 bezüglich der Pensionen gewisser Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens und des subventionierten Unterrichtswesens,
3. Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht,
4. das Dekret vom 30. Juni 1997 zur Schaffung, Aufrechterhaltung und Schließung von Grundschulen und zur Organisation des Grundschulwesens auf der Grundlage eines Stellenkapitals, abgeändert durch das Dekret vom 31. August 1998,
5. der Königliche Erlass vom 2. Dezember 1969 zur Festlegung der Normen für die Schaffung von Planstellen für Korrespondenten-Buchhalter und ausgewählte Korrespondenten-Buchhalter in den Staatsschulen,
6. der Königliche Erlass vom 31. August 1971 zur Ausführung von Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1969 bezüglich der Pensionen gewisser Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens und des subventionierten Unterrichtswesens,
7. der Königliche Erlass vom 28. Januar 1971 zur Ausführung von Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1969 bezüglich der Pensionen gewisser Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens und des subventionierten Unterrichtswesens,
8. der Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1990 zur Festlegung der Normen für die Schaffung von Planstellen für Korrespondenten-Buchhalter und ausgewählte Korrespondenten-Buchhalter in den freien subventionierten Grundschulen, deren Schulleiter nicht vollständig vom Unterricht befreit ist.

§ 2 - Was das Regelgrundschulwesen betrifft, werden aufgehoben:

1. die Artikel 24, 25, 28, 35, 36 § 1 und 37 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung,
2. Artikel 1 § 4 Nummer 1 und 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht,
3. das Dekret vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 4. März 1996.

§ 3 - Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht wird, was das Regelgrundschulwesen betrifft, zu einem Zeitpunkt aufgehoben, der von der Regierung festgelegt wird.

**Art. 84** - Übergangsbestimmung zwecks Verleihung des Abschlusszeugnisses der Grundschule durch anerkannte Schulen

Die in Anwendung von Artikel 23 bis 25 anerkannten Schulen können das in Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Juli 1983 über die Schulpflicht angeführte Abschlusszeugnis der Grundschule bis zum Inkrafttreten des Artikels 26 ausstellen.

KAPITEL X — *Inkrafttreten*

**Art. 85** - Inkrafttreten

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes treten am 20. August 1999 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 6 und 70, die am 1. September 1998 wirksam werden, und der Artikel 16, 17, 18, 19, 23 Nummer 9, 26, 80, 81 und 82, die zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, der von der Regierung festgelegt wird.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, 26. April 1999

J. MARAITE,

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus

K.-H. LAMBERTZ,

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales

W. SCHRÖDER,

Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften

—  
Note

(1) *Sitzungsperiode 1998-1999:*

*Dokumente des Rates:* 132 (1998-1999) Nr. 1. Dekretentwurf  
132 (1998-1999) Nr. 2-4. Abänderungsvorschläge  
132 (1998-1999) Nr. 5. Bericht

*Ausführlicher Bericht* — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 26. April 1999

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 99 — 3237

[C — 99/33086]

## 26 AVRIL 1999. — Décret relatif à l'enseignement fondamental ordinaire (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — *Dispositions générales et définitions***Article 1<sup>er</sup>.** Champ d'application

Le présent décret est applicable aux écoles fondamentales ordinaires organisées et subventionnées par la Communauté germanophone. Les articles 16 et 17 sont applicables aux écoles reconnues conformément au chapitre IV, section 1.

**Art. 2.** Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

**Art. 3.** Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° école fondamentale, ci-après « école » : une école qui dispense soit exclusivement un enseignement primaire ou un enseignement primaire et un enseignement maternel, qui compte une ou plusieurs implantations et est placée sous la direction d'un chef d'établissement;

2° section maternelle : partie de l'école fondamentale qui dispense un enseignement maternel;

3° école primaire : partie de l'école fondamentale qui dispense un enseignement primaire ou école fondamentale qui dispense uniquement un enseignement primaire;

4° implantation : bâtiment ou ensemble de bâtiments situé(s) à une seule adresse et où, pour ordre d'un pouvoir organisateur, sont organisées des activités préscolaires et/ou est dispensé un enseignement primaire;

5° période de cours : unité de 50 minutes pendant laquelle est dispensé l'enseignement ou sont organisées d'autres activités pédagogiques dans le cadre de la formation scolaire;

6° capital emplois : nombre d'emplois dont dispose une école;

7° chef d'établissement : directeur ou instituteur en chef d'une école fondamentale;

8° programme d'études : grille-horaire hebdomadaire et plans d'études dans l'enseignement primaire.

CHAPITRE II. — *Conditions d'admission**Section 1re.* — Disposition préliminaire**Art. 4.** Disposition préliminaire

Les conditions d'admission suivantes sont d'application nonobstant les dispositions de la première section du chapitre IV du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

*Section 2.* — Admission en section maternelle**Art. 5.** Condition générale d'admission

Est admis en section maternelle l'enfant non encore soumis à l'obligation scolaire et qui est âgé d'au moins trois ans ou atteindra cet âge pour le 31 décembre de l'année scolaire en cours.

**Art. 6.** Inscription en section maternelle d'un élève domicilié à l'étranger

§ 1er. Un enfant domicilié à l'étranger ne peut être inscrit en section maternelle

1° que lorsqu'il remplit les conditions générales d'admission fixées à l'article 5;

2° que sur production d'une demande approuvée par le Ministère, dont il ressort que des circonstances personnelles particulières justifient l'inscription;

3° que lorsque, le cas échéant, un droit d'inscription a été acquitté conformément à l'article 32, § 3 décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

Par dérogation aux conditions énoncées au premier alinéa, 2° et 3°, un enfant domicilié dans le ressort d'une entité étrangère de droit public ne doit ni produire une demande approuvée par le Ministère ni acquitter un droit d'inscription si cette entité participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement encourus par la Communauté germanophone pour cette section maternelle, à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite.

§ 2. Le § 1er, 1° ne s'applique pas à l'élève inscrit au registre des étrangers, au registre d'attente ou au registre de la population d'une commune belge.

**Art. 7.** Prolongation de la fréquentation de la section maternelle

Par dérogation à l'article 5, un enfant soumis à l'obligation scolaire peut fréquenter la section maternelle pendant la première année d'obligation scolaire.

Les personnes chargées de son éducation prennent une décision allant dans ce sens après avoir pris connaissance d'un avis motivé émis par le conseil de classe et le centre PMS compétent.

Lorsqu'il s'agit d'un enfant n'ayant pas encore fréquenté la section maternelle, seul est requis l'avis d'un centre PMS.

*Section 3. — Admission à l'école primaire*

**Art. 8.** Conditions générales d'admission

Est admis à l'école primaire l'élève qui, au 31 décembre de l'année scolaire en cours, aura au moins six ans et n'aura pas plus de quinze ans.

Un élève titulaire du certificat d'études de base ne peut être admis à l'école primaire.

**Art. 9.** Inscription dans une école primaire d'un élève domicilié à l'étranger

Un élève domicilié à l'étranger et qui remplit les conditions générales d'admission fixées à l'article 8 produit, avant de pouvoir fréquenter l'école primaire, une attestation délivrée par l'autorité scolaire compétente de son pays de domicile et dont il ressort qu'il peut fréquenter une école primaire en Belgique. Cette attestation ne doit être présentée que lors de la première inscription.

Le premier alinéa ne s'applique pas à l'élève inscrit au registre des étrangers, au registre d'attente ou au registre de la population d'une commune belge.

**Art. 10.** Entrée précoce à l'école primaire

Par dérogation à l'article 8, un enfant non soumis à l'obligation scolaire peut fréquenter l'école primaire à partir de l'année scolaire débutant l'année civile au cours de laquelle il atteint l'âge de cinq ans.

Les personnes chargées de son éducation prennent une décision allant dans ce sens après avoir pris connaissance d'un avis motivé émis par le conseil de classe et le centre PMS compétent.

Lorsqu'il s'agit d'un enfant n'ayant pas encore fréquenté la section maternelle, seul est requis l'avis d'un centre PMS.

*Section 4. — Durée de l'école primaire*

**Art. 11.** Disposition générale

L'élève fréquente l'école primaire pendant six années scolaires.

**Art. 12.** Prolongation du temps passé à l'école primaire

Par dérogation à l'article 11, le conseil de classe peut décider que l'élève accomplira, durant ses études primaires, une année supplémentaire dans un seul et même degré. En cas de changement d'école, cette décision est contraignante pour toutes les écoles organisées selon la même structure en degrés.

Sur proposition du conseil de classe et sur base d'un avis émis par le centre PMS, les personnes chargées de l'éducation peuvent décider que leur enfant passera une 8ème année à l'école primaire.

**Art. 13.** Réduction du temps passé à l'école primaire

Par dérogation à l'article 11 et sur avis positif du conseil de classe, les personnes chargées de l'éducation peuvent décider que le temps passé à l'école primaire par leur enfant sera réduit d'un an.

*Section 5. — Elève régulier et changement d'école*

**Art. 14.** Elève régulier

Est considéré comme élève régulier de la section maternelle l'élève de l'enseignement maternel qui

1° remplit les conditions figurant à la section 2 du présent chapitre;

2° est inscrit dans une seule et même école;

3° s'il fréquente la section maternelle en application de l'article 7, est présent à l'école et participe aux activités organisées pour lui ou pour sa classe.

Est considéré comme élève régulier à l'école primaire l'élève de l'enseignement primaire qui

1° remplit les conditions figurant à la section 3 du présent chapitre;

2° est inscrit dans une seule et même école;

3° est présent à l'école primaire et participe aux activités d'enseignement organisées pour lui ou pour sa classe.

**Art. 15.** Inscription à l'école primaire et changement d'école

§ 1er. L'inscription à l'école primaire a lieu au plus tard le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

Si, dans des cas exceptionnels, l'inscription a lieu plus tard, ces élèves ne sont pas pris en compte pour les calculs effectués conformément aux chapitres IV, V et VI, sans préjudice des articles 60, alinéa 3, et 70, § 1, alinéa 2.

§ 2. Le changement d'école ne peut intervenir après le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire, sauf en cas de changement de domicile de l'élève.

Par dérogation au premier alinéa, les personnes chargées de l'éducation peuvent dans des cas exceptionnels, après le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire, introduire auprès de l'inspection une demande motivée de changement d'école par l'intermédiaire du chef d'établissement de l'école où l'enfant sera inscrit. Cette demande contient l'avis émis par le chef d'établissement de l'école dont provient l'élève. L'inspection statue dans les cinq jours. Le changement d'école ne peut intervenir qu'après autorisation.

*CHAPITRE III. — Offre d'enseignement, certification et organisation de la scolarité*

*Section 1re. — Offre d'enseignement*

*Sous-section 1re. — Section maternelle*

**Art. 16.** Le plan d'activités comporte obligatoirement les activités suivantes :

1° activités en langue maternelle et en langue étrangère;

2° activités de psychomotricité;

3° activités créatives;

4° activités mathématiques et de sciences naturelles;

5° activités visant l'apprentissage d'aptitudes requises dans la vie pratique et sociale.

## Sous-section 2. — Ecole primaire

**Art. 17.** Disciplines et domaines

L'enseignement proposé comporte obligatoirement

1° les disciplines ou domaines suivants :

- a) langue maternelle;
  - b) psychomotricité et éducation physique;
  - c) formation artistique et travaux manuels;
  - d) mathématiques;
  - e) ouverture sur le monde;
  - f) première langue étrangère;
  - g) religion ou morale non confessionnelle;
- 2° les domaines interdisciplinaires suivants :
- a) méthodologie de l'apprentissage;
  - b) sociabilité.

*Section 2. — Certification dans l'enseignement primaire***Art. 18.** Certificat d'études de base

La fréquentation de l'école fondamentale est sanctionnée par la délivrance d'un certificat d'études de base.

Le certificat d'études de base est délivré à l'élève régulier et à l'élève nécessitant un soutien accru, visé à l'article 60, alinéa 2 qui maîtrise de façon suffisante les compétences clés dans les disciplines « langue maternelle », « première langue étrangère » et « mathématiques » ainsi que dans les disciplines et domaines déterminés conformément à l'article 82 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

**Art. 19.** Attestation de fréquentation scolaire

L'élève régulier et l'élève nécessitant un soutien accru visé à l'article 60, alinéa 2 qui ne reçoit pas de certificat d'études de base à la fin de sa scolarité fondamentale a droit à une déclaration écrite du chef d'établissement où sont reprises les compétences atteintes et le nombre d'années scolaires suivies.

**Art. 20.** Délivrance extra-scolaire du certificat d'études de base

Le Gouvernement détermine, sur la base d'un avis de l'inspection, une école où est installé un jury d'examens pour la délivrance extra-scolaire du certificat d'études de base.

Le jury se compose d'un membre de l'inspection, du chef d'établissement et de membres du personnel enseignant de l'école concernée. Le membre de l'inspection assume la présidence du jury.

**Art. 21.** Modalités

Le Gouvernement règle les modalités de la délivrance scolaire et extra-scolaire de certificats d'études de base ainsi que de la délivrance des attestations de fréquentation scolaire et détermine la forme du certificat et de l'attestation.

*Section 3. — Organisation de la scolarité***Art. 22.** Jour scolaire et horaire hebdomadaire

§ 1er. Le chef d'établissement d'une école communautaire ou, selon le cas, le pouvoir organisateur d'une école subventionnée détermine, sur proposition du Conseil pédagogique et après concertation avec les délégués des parents d'élèves et d'une organisation des travailleurs reconnue, s'il y en a, les heures d'ouverture de l'école, l'heure de début et de fin des cours ainsi que la durée du temps de midi.

Par dérogation à l'article 64 décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, les cours sont dispensés entre 8 et 16 heures.

§ 2. Les heures d'ouverture de l'école tiennent compte du transport scolaire organisé officiellement.

Le matin et l'après-midi, l'école accueille les élèves quinze minutes avant le début de la première période de cours et quinze minutes après la dernière période de cours ainsi que pendant les récréations, sans préjudice du premier alinéa.

Pendant les heures d'ouverture, le pouvoir organisateur assure une surveillance adéquate des élèves.

§ 3. L'horaire hebdomadaire de l'élève est de 28 périodes de cours.

*CHAPITRE IV. — Reconnaissance et subsidiation**Section 1re. — Reconnaissance***Art. 23.** Conditions

Une école peut être reconnue quand

- 1° elle est sous la responsabilité d'un pouvoir organisateur;
- 2° elle est installée dans des locaux qui répondent aux critères d'hygiène, de sécurité et d'habitabilité;
- 3° elle comprend une école primaire ou une école primaire et une section maternelle, structurées conformément aux dispositions décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et du présent décret;
- 4° elle constitue une unité pédagogique;
- 5° elle dispose d'un matériel didactique suffisant et d'un équipement scolaire adapté;
- 6° elle satisfait aux dispositions légales et réglementaires concernant le régime linguistique dans l'enseignement;
- 7° elle satisfait aux dispositions relatives aux périodes de congé et de cours;



8° elle suit un plan d'activités ou un programme d'études approuvé par le Gouvernement;

9° elle réalise le projet de société et atteint les objectifs de développement et les compétences clés dans les cours de langue maternelle, de première langue étrangère et de mathématique;

10° elle se soumet au contrôle du Ministère en ce qui concerne le respect des conditions figurant aux points 1° à 9°.

**Art. 24. Procédure de reconnaissance**

Le Gouvernement octroie la reconnaissance. Elle vaut à partir du premier jour d'une année scolaire et ne peut être prononcée avec effet rétroactif.

Le Gouvernement détermine la procédure de reconnaissance.

**Art. 25. Rapport de la reconnaissance**

Le Gouvernement peut rapporter la reconnaissance d'une école ou d'une implantation lorsque l'école ou l'implantation ne remplit plus une ou plusieurs conditions de l'article 23.

Le Gouvernement détermine la procédure selon laquelle la reconnaissance est rapportée. La procédure prévoit suffisamment de possibilités de recours.

**Art. 26. Délivrance de titres**

Le pouvoir organisateur d'une école reconnue peut, de plein droit, délivrer les certificat et attestation prévus aux articles 18 et 19.

*Section 2. — Subsidés de fonctionnement*

**Art. 27. Droit**

Une école non organisée par la Communauté qui remplit les conditions de la première section du présent chapitre et du chapitre V, sections 1re à 3, ainsi que toutes les conditions du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires a droit à des subsidés de fonctionnement dès le début de l'année scolaire où elle remplit ces conditions.

**Art. 28. Utilisation des subsidés de fonctionnement**

Les subsidés de fonctionnement sont utilisés

1° pour couvrir des frais de fonctionnement et d'équipement;

2° pour acquérir des manuels scolaires et du matériel gratuitement mis à disposition des élèves;

3° pour acheter ou louer des bâtiments, des locaux, du mobilier et des installations;

4° pour supporter le coût de travaux de réparation et d'entretien ainsi que le remboursement d'emprunts contractés pour des mesures d'infrastructure.

**Art. 29. Modalités de liquidation**

Dès le début de l'année budgétaire, les subsidés de fonctionnement sont liquidés mensuellement en douzièmes, pour le 22 de chaque mois, aux pouvoirs organisateurs.

**Art. 30. Montant des subsidés**

§ 1re. Pour les sections maternelles, le montant des subsidés de fonctionnement s'élève à 6.550 francs par élève régulier qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, a été présent pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

Pour les écoles primaires, le montant des subsidés de fonctionnement s'élève à 8.800 francs par élève régulièrement inscrit au troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

Pour les surveillances du temps de midi, organisées conformément à l'article 77, § 1er, le pouvoir organisateur obtient par implantation — pour le premier groupe entamé de 75 élèves réguliers — une subvention de 285 francs pour les surveillants titulaires d'un titre pédagogique ou de 215 francs pour les autres surveillants.

Si l'école ou, selon le cas, l'implantation compte plus de 75 élèves réguliers, le pouvoir organisateur a droit pour chaque autre groupe entamé de 75 élèves réguliers à un subside supplémentaire égal aux montants fixés au troisième alinéa lorsqu'il oblige des surveillants supplémentaires à assurer les surveillances du temps de midi.

Le calcul du nombre d'élèves s'opère conformément aux articles 53 à 55 et 58 à 60.

§ 2. Les montants de subside de fonctionnement fixés au § 1er sont augmentés ou diminués annuellement au mois de septembre en fonction de l'indice des prix à la consommation.

L'index de base est celui du mois de septembre 1998 (102,7). L'index du mois de septembre précédent est pris en considération pour calculer l'adaptation.

*Section 3. — Subventions-traitements*

**Art. 31. Droit**

§ 1er. Une école non organisée par la Communauté a droit, dès le début de l'année scolaire, à des subventions-traitements pour les membres du personnel des catégories « personnel directeur » et « personnel enseignant »

1° lorsque l'école remplit les conditions de la première section du présent chapitre et du chapitre V, sections 1re à 3, ainsi que toutes les conditions du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° lorsqu'il s'agit de membres du personnel

a) qui sont belges ou citoyens de l'Union européenne; le Gouvernement peut accorder une dérogation;

b) qui jouissent des droits civils et politiques;

- c) qui sont titulaires d'un titre requis ou jugé suffisant en vertu des dispositions légales et réglementaires;
- d) dont l'état de santé ne met en danger ni celui des élèves ni celui des autres membres du personnel;
- e) qui satisfont aux dispositions légales et réglementaires concernant le régime linguistique dans l'enseignement;
- f) qui ont été recrutés ou engagés dans le respect des dispositions relatives à la réaffectation et à la remise au travail.

§ 2. Les dispositions du § 1er sont également applicables aux membres du personnel de la catégorie «personnel administratif» dans l'enseignement libre subventionné.

§ 3. Les subventions-traitements sont liquidées mensuellement, directement aux membres du personnel des écoles subventionnées.

#### CHAPITRE V. — *Création, maintien et fermeture d'écoles*

##### *Section 1re. — Champ d'application des normes*

###### **Art. 32.** Champ d'application

Les normes énumérées dans le présent chapitre sont valables par école ou implantation, section linguistique et niveau d'enseignement.

##### *Section 2. — Création*

###### **Art. 33.** Création d'une école primaire

§ 1er. Sans préjudice de l'article 6 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement, une école primaire est, l'année de sa création, organisée ou subventionnée dès le premier jour de l'année scolaire si elle compte au troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire au moins 75 élèves primaires réguliers soumis à l'obligation scolaire.

§ 2. Une école primaire créée conformément au § 1er doit remplir la norme de création correspondante la deuxième, la troisième et la quatrième année de son existence. Le jour de référence est chaque fois le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

Si l'école primaire n'atteint pas la norme correspondante, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour d'école.

###### **Art. 34.** Création d'une section maternelle

§ 1er. Une section maternelle ne peut être créée qu'en tant que niveau d'enseignement d'une école fondamentale.

Sans préjudice de l'article 6 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement, une section maternelle est, l'année de sa création, organisée ou subventionnée dès le premier jour de l'année scolaire si elle compte au dernier jour d'école du mois de septembre au moins 25 élèves. Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel domiciliés en Belgique qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, ont été présents dans l'école concernée pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

Si la section maternelle ne remplit pas les conditions fixées aux alinéas 1er et 2, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1<sup>er</sup> octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement pour le mois de septembre.

§ 2. Une section maternelle créée conformément au § 1er doit remplir la norme de création correspondante la deuxième, la troisième et la quatrième année de son existence. Le jour de référence est chaque fois le dernier jour d'école du mois de septembre.

Si la section maternelle ne remplit pas les conditions fixées au premier alinéa, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1<sup>er</sup> octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement pour le mois de septembre.

##### *Section 3. — Fermeture et réouverture*

###### **Art. 35.** Fermeture et réouverture d'une école primaire

Une école primaire qui, trois jours ouvrables avant le début de l'année scolaire, ne compte pas 12 élèves primaires régulièrement inscrits est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour d'école.

Sans préjudice de l'article 33, une école primaire qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, dans les dix ans de sa fermeture, être rouverte ou à nouveau subsidiée dès le premier jour de l'année scolaire dans la mesure où elle compte 12 élèves réguliers au troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

Si l'école primaire n'atteint pas la norme correspondante, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour d'école.

###### **Art. 36.** Fermeture et réouverture d'une section maternelle

§ 1er. Une section maternelle qui, au dernier jour d'école du mois de septembre, ne compte pas 6 élèves est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1<sup>er</sup> octobre.

Sans préjudice de l'article 34, une section maternelle qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, dans les dix ans de sa fermeture, être rouverte ou à nouveau subsidiée dès le premier jour de l'année scolaire dans la mesure où elle compte au moins 6 élèves au dernier jour d'école du mois de septembre.

Si la section maternelle ne remplit pas les conditions fixées à l'alinéa 2, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1<sup>er</sup> octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement pour le mois de septembre.

Sont pris en considération les élèves réguliers domiciliés en Communauté germanophone qui ont, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

§ 2. Par dérogation au § 1er, alinéa 4, les élèves domiciliés dans le ressort d'une entité de droit public étrangère ou non peuvent aussi être pris en compte si cette entité participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement encourus par la Communauté germanophone pour cette école, à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite.

## Section 4. — Fusion et restructuration

## Sous-section 1re. — Fusion

**Art. 37.** Définition

Une fusion d'écoles peut revêtir les formes suivantes :

- 1° la fusion de deux ou plusieurs écoles fermées simultanément en une nouvelle école placée sous la direction d'un chef d'établissement;
- 2° la fusion de deux ou plusieurs écoles en une école placée sous la direction d'un chef d'établissement, l'une des écoles continuant d'exister et reprenant une ou plusieurs autres écoles.

**Art. 38.** Modalités de la fusion

§ 1er. Chaque école peut fusionner avec une ou plusieurs autres. Une fusion d'écoles intervient au moins trois jours ouvrables avant le début de l'année scolaire et entre en vigueur le premier jour d'école.

Pour l'application de la section 2 du présent chapitre, une école résultant d'une fusion ne vaut pas comme école nouvellement fondée.

§ 2. En cas de fusion d'écoles, le Gouvernement peut déroger annuellement et pour quatre années scolaires au plus aux dispositions du chapitre VI. La dérogation ne peut toutefois avoir pour conséquence que le capital emplois dépasse celui déterminé en application du chapitre VI pour les écoles concernées par la fusion au cours de l'année scolaire précédant celle-ci.

## Sous-section 2. — Restructuration

**Art. 39.** Principe

Les pouvoirs organisateurs peuvent, dans les limites de la commune où elle(s) est (sont) située(s), « restructurer » une ou plusieurs de leurs écoles existant au jour de l'entrée en vigueur du présent décret. Les normes de création fixées aux articles 33 et 34 ne sont pas d'application.

**Art. 40.** Conditions

Une restructuration peut être opérée aux conditions suivantes :

- 1° elle ne peut entraîner une augmentation du nombre d'écoles ou d'implantations existant au jour d'entrée en vigueur du présent décret;
- 2° les normes figurant aux articles 35, alinéa 1er et 36, § 1er, alinéa 1er doivent être atteintes.

**Art. 41.** Entrée en vigueur

La restructuration entre en vigueur au premier jour d'une année scolaire et non rétroactivement.

## CHAPITRE VI. — Calcul du nombre d'emplois

## Section 1. — Direction d'école et personnel administratif

## Sous-section 1. — Principe

**Art. 42.** Chef d'établissement

§ 1er. Un emploi de chef d'établissement est organisé ou subventionné par école.

Suivant le nombre d'élèves, le chef d'établissement est libéré en tout ou partie de sa charge professorale. A cet effet, le pouvoir organisateur obtient, pour l'école concernée et d'après le nombre d'élèves, le nombre d'emplois suivant :

- 1° de 50 à 99 élèves : 1/4 d'emploi;
- 2° de 100 à 149 élèves : 2/4 d'emploi;
- 3° de 150 à 179 élèves : 3/4 d'emploi;
- 4° à partir de 180 élèves : 1 emploi à temps plein.

§ 2. Le traitement du chef d'établissement est déterminé, conformément aux échelles de traitement, aux conditions suivantes :

- 1° jusqu'à 71 élèves : échelle d'un chef d'établissement d'une école comptant d'une à trois classes;
- 2° de 72 à 140 élèves : échelle d'un chef d'établissement d'une école comptant de quatre à six classes;
- 3° de 141 à 209 élèves : échelle d'un chef d'établissement d'une école comptant de sept à neuf classes;
- 4° à partir de 210 élèves : échelle d'un chef d'établissement d'une école comptant dix classes et plus.

**Art. 43.** Correspondant-comptable

Pour une école organisée par la Communauté germanophone ou une école libre subventionnée qui ne se situe pas dans une implantation d'une école secondaire ou supérieure du même pouvoir organisateur, le pouvoir organisateur obtient d'après le nombre d'élèves le nombre d'emplois suivant pour la fonction de correspondant-comptable

- 1° jusqu'à 49 élèves : 1/4 d'emploi;
- 2° de 50 à 149 élèves : 2/4 d'emploi;
- 3° de 150 à 249 élèves : 3/4 d'emploi;
- 4° à partir de 250 élèves : 1 emploi à temps plein.

## Sous-section 2. — Base de calcul

**Art. 44.** Principe

Le calcul du capital emplois s'effectue par école.

Le jour de référence est le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

**Art. 45.** Mode de calcul

Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel, ceux ayant fréquenté une école fermée en application des articles 34 et 36 étant pris en compte jusqu'au troisième jour d'école au plus tard;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire, ceux ayant fréquenté une école fermée en application des articles 33 et 35 étant pris en compte jusqu'au troisième jour d'école au plus tard;

3° les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine.

## Sous-section 3. — Utilisation du capital emplois

**Art. 46.** Durée d'application

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 42 à 45 est disponible pour l'année scolaire en cours.

**Art. 47.** Utilisation

Le capital emplois visé aux articles 42 à 45 est utilisé dans l'école dont le nombre d'élèves donne droit à ces emplois.

## Section 2. — Coordination pédagogique

## Sous-section 1re. — Principe

**Art. 48.** Coordination pédagogique

Pour les tâches de coordination pédagogique, d'animation et d'encadrement, le pouvoir organisateur obtient, pour l'école concernée et d'après le nombre d'élèves, le nombre d'emplois suivant :

1° de 280 à 379 élèves : 1/4 d'emploi;

2° de 380 à 479 élèves : 2/4 d'emploi;

3° de 480 à 579 élèves : 3/4 d'emploi;

4° à partir de 580 élèves : 1 emploi à temps plein.

Par dérogation à l'alinéa 1er, 1°, le pouvoir organisateur obtient 1/4 d'emploi lorsque l'école concernée compte au moins 220 élèves et au moins 4 implantations.

## Sous-section 2. — Base de calcul

**Art. 49.** Principe

Le calcul du capital emplois s'effectue par école.

Le jour de référence est le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

**Art. 50.** Mode de calcul

Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel, ceux ayant fréquenté une école fermée en application des articles 34 et 36 étant pris en compte jusqu'au troisième jour d'école au plus tard;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire, ceux ayant fréquenté une école fermée en application des articles 33 et 35 étant pris en compte jusqu'au troisième jour d'école au plus tard;

3° les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine.

## Sous-section 3. — Utilisation du capital emplois

**Art. 51.** Durée d'application

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 48 à 50 est disponible pour l'année scolaire en cours.

**Art. 52.** Utilisation

Le capital emplois visé aux articles 48 à 50 est utilisé dans l'école dont le nombre d'élèves donne droit à ces emplois.

Il est ajouté au capital emplois visé à la section 3 du présent chapitre.

## Section 3. — Personnel enseignant

## Sous-section 1re. — Enseignement maternel

**Art. 53.** Nombre d'emplois

D'après le nombre d'élèves, le pouvoir organisateur obtient, pour l'enseignement maternel, le nombre d'emplois suivants :

Elèves	Temps pleins
jusqu'à 19	1
20-25	1,5
26-32	2
33-39	2,25
40-44	2,5
45-50	2,75
51-55	3
56-61	3,25
62-67	3,5
68-72	3,75
73-78	4
79-83	4,25
84-89	4,5
90-95	4,75
96-100	5
101-106	5,25
107-111	5,5
112-117	5,75
118-123	6
124-128	6,25
129-134	6,5
135-139	6,75
140-145	7

1/4 d'emploi supplémentaire pour tout groupe entamé de 5 élèves.

**Art. 54.** Mode de calcul

Les règles suivantes sont valables lors du calcul :

1° il y a un comptage séparé par section linguistique;

2° si une école compte plusieurs implantations, les élèves des différentes implantations sont comptés distinctement par section linguistique.

Par dérogation à l'alinéa 1er, 2°, les élèves d'implantations séparées de moins de 2 km sont additionnés. L'on prend pour base la distance la plus courte possible mesurée par la route telle que décrite dans l'article 2, 1° de l'arrêté royal du 1<sup>er</sup> décembre 1975 portant règlement général de la police de la circulation routière, sans qu'il soit tenu compte de déviations ou de sens uniques.

**Art. 55.** Jour de référence et élèves pris en compte

Le jour de référence pour calculer le capital emplois est le dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours.

Sont pris en compte les élèves réguliers qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, ont été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

**Art. 56.** Nouveau calcul du capital emplois en cours d'année scolaire

Le 15 mars, il est procédé à la demande du pouvoir organisateur à un nouveau calcul du capital emplois dans les implantations qui comptaient au moins 26 élèves conformément aux articles 53 à 55.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant les quinze derniers jours de classe jusqu'au 15 mars inclus, ont été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

**Art. 57.** Durée d'utilisation

§ 1er. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53 à 55 est disponible du 1<sup>er</sup> octobre de l'année scolaire en cours au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

Dès le premier jour de l'année scolaire, le pouvoir organisateur peut organiser des quarts d'emploi supplémentaires, en devant supporter ceux qui, en raison du calcul intervenu, ne seront plus disponibles au 1<sup>er</sup> octobre.

§ 2. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54 et 56 est disponible si le calcul donne au moins 1/2 emploi à temps plein en plus que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur en date du 1<sup>er</sup> octobre.

Dans ce cas, il est disponible du premier jour d'école suivant le 15 mars jusqu'au dernier jour de l'année scolaire en cours.

## Sous-section 2. — Enseignement primaire

**Art. 58.** Nombre d'emplois

D'après le nombre d'élèves, le pouvoir organisateur obtient, pour l'enseignement primaire, le nombre d'emplois suivants :

Elèves	Temps pleins
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

1/4 d'emploi supplémentaire pour tout groupe entamé de 5 élèves.

**Art. 59.** Mode de calcul

Les règles suivantes sont valables lors du calcul :

1° il y a un comptage séparé par section linguistique;

2° si une école compte plusieurs implantations, les élèves des différentes implantations sont comptés distinctement par section linguistique.

Par dérogation à l'alinéa 1er, 2°, les élèves d'implantations séparées de moins de 2 km sont additionnés. L'on prend pour base la distance la plus courte possible mesurée par la route telle que décrite dans l'article 2, 1° de l'arrêté royal du 1<sup>er</sup> décembre 1975 portant règlement général de la police de la circulation routière, sans qu'il soit tenu compte de déviations ou de sens uniques.

**Art. 60.** Jour de référence et élèves pris en compte

Le jour de référence pour calculer le capital emplois dans l'enseignement primaire est le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire ainsi que les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine.

Sont également pris en considération les élèves réguliers de l'enseignement primaire qui ont fréquenté une école fermée en application des articles 33 et 35 et sont inscrits auprès de l'école au plus tard pour le troisième jour d'école.

**Art. 61.** Durée d'utilisation

Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58 à 60 est disponible pour l'année scolaire en cours.

## Sous-section 3. — Dispositions communes à l'enseignement maternel et à l'enseignement primaire

**Art. 62.** Solidarité et transfert de capital emplois

§ 1er. A l'exception du capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54 et 56, le capital emplois déterminé conformément à la section 3 de ce chapitre peut être transféré d'un niveau d'enseignement à l'autre, d'une implantation à l'autre, d'une section linguistique à l'autre, d'une école à l'autre.

Le transfert d'un niveau d'enseignement à l'autre ne peut s'effectuer que par 1/4 d'emplois.

Le transfert dont question aux alinéas 1er et 2 n'intervient qu'au sein de l'enseignement officiel organisé par la Communauté germanophone, de l'enseignement officiel subventionné et de l'enseignement libre subventionné par elle.

§ 2. Le transfert de capital emplois ne peut entraîner la mise en disponibilité de membres du personnel par défaut d'emploi.

Une nomination ou un engagement à titre définitif n'est pas autorisé(e) pour un emploi ou une partie d'emploi créé(e) en application du § 1er.

**Art. 63.** Concertation et audition

Le pouvoir organisateur ou son délégué décide de l'utilisation du capital emplois après concertation avec le personnel directeur et enseignant et après audition des associations de parents d'élèves.

**Art. 64.** Dispositions limitatives

Les membres du personnel de l'enseignement organisé par la Communauté germanophone qui sont admis au stage et ceux qui sont nommés à titre définitif ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction dans la même école.

Les membres du personnel nommés à titre définitif dans l'enseignement officiel subventionné ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction auprès du même pouvoir organisateur.

Les membres du personnel engagés à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction dans les écoles de l'enseignement libre subventionné situées dans la même commune.

Un maître de cours spéciaux dont les prestations sont comprises dans le capital emplois ne peut être mis en disponibilité par défaut d'emploi pour pouvoir engager un instituteur primaire.

Un instituteur primaire ne peut être mis en disponibilité par défaut d'emploi pour pouvoir engager un maître de cours spéciaux dont les prestations sont comprises dans le capital emplois calculé conformément aux articles 58 à 60 et 68, § 4.

## Section 4. — Religion et morale non confessionnelle

## Sous-section 1re. — Principe

**Art. 65.** Nombre hebdomadaire de périodes de cours

Chaque élève de l'enseignement primaire reçoit deux périodes de cours de religion ou de morale non confessionnelle par semaine.

A cette fin, le pouvoir organisateur obtient deux périodes de cours par semaine pour chaque cours de religion ou de morale non confessionnelle organisé dans son école.

## Sous-section 2. — Organisation des cours et comptabilisation des élèves

**Art. 66.** Règles de calcul

Les règles de calcul énoncées à l'article 59 sont applicables à la présente sous-section.

**Art. 67.** Jour de référence

Sans préjudice de l'article 70, § 1er, alinéas 2 et 3, le jour de référence pour compter les élèves est le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire. Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire.

**Art. 68.** Droit

§ 1er. Dans chaque implantation disposant d'une classe ou deux, le cours de religion et/ou de morale non confessionnelle est organisé pour chaque classe.

§ 2. Dans chaque implantation disposant de trois classes ou plus, le nombre de cours est déterminé comme suit :

jusqu'à 23 élèves	1 cours
de 24 à 44 élèves	2 cours
de 45 à 71 élèves	3 cours
de 72 à 94 élèves	4 cours
de 95 à 117 élèves	5 cours
de 118 à 140 élèves	6 cours
de 141 à 163 élèves	7 cours
de 164 à 186 élèves	8 cours
de 187 à 209 élèves	9 cours
de 210 à 231 élèves	10 cours
de 232 à 256 élèves	11 cours

plus un cours par groupe entamé de 25 élèves.

§ 3. Pour chaque cours de religion ou de morale non confessionnelle, les élèves sont additionnés par groupe de deux années d'études successives. Il s'agit de la première et de la deuxième année, de la troisième et de la 4ème année ainsi que de la 5ème et de la 6ème année, désignées à chaque fois par le terme «degré» dans les articles 69 et 70.

§ 4. Si le cours de religion et de morale non confessionnelle est dispensé par un instituteur primaire en application de l'article 71, le nombre de cours déterminé conformément aux §§ 1er et 2 est réduit du nombre de cours assurés par l'instituteur. Ceci ne peut entraîner la mise en disponibilité de membres du personnel par défaut d'emploi.

Le nombre d'heures correspondant est ajouté au capital emplois déterminé en application des articles 58 à 60. Une nomination ou un engagement à titre définitif n'est pas admis(e) pour ces heures.

**Art. 69.** Dérogation pour des cours moins fréquentés

Par dérogation à l'article 68, et si les conditions suivantes sont remplies, deux cours peuvent être organisés ou subventionnés pour chaque cours de religion ou de morale non confessionnelle auquel se sont inscrits moins de 24 élèves par degré :

- 1° six élèves au moins se sont inscrits pour le cours en question dans le degré concerné;
- 2° ces élèves se répartissent entre les années d'études du degré;
- 3° le cours auquel se sont inscrits la plupart des élèves d'un degré est organisé pour 24 élèves au moins.

## Sous-section 3. — Utilisation des périodes de cours de religion et de morale non confessionnelle

**Art. 70.** Durée d'application et dispositions limitatives

§ 1er. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 68 et 69 est disponible pour l'année scolaire en cours.

Dès qu'un élève s'inscrit dans une école ou implantation à comptage séparé et que le cours de religion ou de morale confessionnelle choisi par lui n'y est pas organisé ou subventionné pour le degré dans lequel il est inscrit, deux périodes de cours de religion ou de morale non confessionnelle sont organisées ou subventionnées pour l'élève en question.

Si au cours d'une année scolaire aucun élève d'un degré particulier ne suit plus le cours de religion ou de morale non confessionnelle, le cours n'est organisé ou subventionné dans ce degré que jusqu'au dernier jour du mois au cours duquel le dernier élève est retiré du cours.

§ 2. Les maîtres de religion et de morale non confessionnelle de l'enseignement organisé par la Communauté germanophone qui sont admis au stage et ceux qui sont nommés à titre définitif ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction dans la même école.

Les maîtres de religion ou de morale non confessionnelle nommés à titre définitif dans l'enseignement officiel subventionné ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction auprès du même pouvoir organisateur.

Les maîtres de religion ou de morale non confessionnelle engagés à titre définitif et agréés dans l'enseignement libre subventionné ne peuvent être mis en disponibilité par défaut d'emploi tant que des membres du personnel temporaires occupent la même fonction dans les écoles de l'enseignement libre subventionné situées dans la même commune.

§ 3. Un maître de religion ne peut être mis en disponibilité par défaut d'emploi lorsqu'un instituteur primaire donne cours de religion.

**Art. 71. Utilisation**

Sans préjudice de l'article 65bis de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, il est possible que

1° le cours de religion soit dispensé par un instituteur primaire moyennant l'accord de l'autorité compétente pour le culte concerné, si elle existe, du pouvoir organisateur et de l'enseignant concerné;

2° le cours de morale non confessionnelle soit dispensé par un instituteur primaire moyennant son accord et celui du pouvoir organisateur.

Les périodes de cours de religion et de morale non confessionnelle sont utilisées dans l'implantation dont le nombre d'élèves donne droit à ces cours.

CHAPITRE VII. — *Temps de travail hebdomadaire*

**Art. 72. Chef d'établissement**

Le chef d'établissement exerce sa fonction pendant les heures d'ouverture de l'école et le temps servant à la réalisation du projet de l'établissement.

**Art. 73. Correspondant-comptable**

Le temps de travail du correspondant-comptable est de 36 heures de 60 minutes.

**Art. 74. Personnel enseignant**

Les prestations des membres du personnel enseignant comprennent les missions fixées à l'article 97 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

Les prestations des membres du personnel enseignant fournies au sein de l'école sont de 26 heures de 60 minutes au plus et comprennent :

1° la prestation d'enseignement à fournir dans le cadre de la période de cours concernée;

2° la surveillance imposée au membre du personnel par le pouvoir organisateur dans l'espace de temps déterminé à l'article 22, § 2, alinéa 2;

3° la surveillance assurée volontairement et après concertation avec les délégations du personnel par le membre du personnel en dehors de l'espace de temps déterminé à l'article 22, § 2, alinéa 2;

4° la surveillance du temps de midi assurée volontairement par le membre du personnel en dehors de l'espace de temps déterminé à l'article 22, § 2, alinéa 2, si aucune aide financière accordée conformément à l'article 30, § 1er, alinéas 3 et 4, n'est liquidée pour cette surveillance;

5° d'autres prestations fournies par le membre du personnel conformément à l'article 97 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

**Art. 75. Section maternelle**

L'instituteur maternel dispense de 24 à 28 périodes de cours.

**Art. 76. Ecole primaire**

L'instituteur primaire dispense de 24 à 26 périodes de cours.

Le maître spécial d'éducation physique et le maître spécial de religion ou de morale non confessionnelle dispensent de 24 à 28 périodes de cours.

**Art. 77. Surveillance du temps de midi**

§ 1er. Dans le cadre du projet d'établissement, le pouvoir organisateur peut ouvrir ses écoles pendant le temps de midi.

Dans ce cas, le pouvoir organisateur est tenu d'assurer la surveillance des élèves. Il obtient un soutien financier de la part du Gouvernement.

Le Gouvernement en détermine les modalités.

§ 2. Par dérogation au § 1er, alinéa 2, le pouvoir organisateur n'obtient aucun soutien financier pour la surveillance du temps de midi assurée par un membre du personnel enseignant dans le cadre de son temps de travail tel que déterminé à l'article 74.



CHAPITRE VIII. — *Récupérations et sanctions**Section 1re. — Récupérations***Art. 78.** Principe

Des traitements, subventions-traitements et subsides de fonctionnement indûment payés sont récupérés par le Gouvernement.

S'il s'agit de subsides de fonctionnement indûment payés, la récupération peut être opérée au moyen d'une retenue sur les subsides de fonctionnement non encore liquidés.

**Art. 79.** Prescription

La possibilité de procéder à la récupération visée à l'article 78, alinéa 1er, se prescrit dans les deux ans à compter du 1<sup>er</sup> janvier suivant la liquidation.

Par dérogation à l'alinéa 1, le délai de prescription est de 30 ans si les traitements ou subsides/subventions liquidés ont été calculés sur base d'actes frauduleux ou de fausses données.

*Section 2. — Sanctions***Art. 80.** Retenue de subsides de fonctionnement

§ 1er. Sans préjudice de l'application de l'article 78, les infractions suivantes sont sanctionnées :

1° la non existence d'un projet éducatif à élaborer en application de l'article 16 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° la non existence d'un projet d'établissement à élaborer en application de l'article 20 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

3° la non existence d'un règlement scolaire à élaborer en application de l'article 40 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

4° la non création d'un Conseil pédagogique à instaurer en application de l'article 48 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

§ 2. La sanction infligée au pouvoir organisateur auprès duquel est constatée une des infractions énoncées au § 1 prend, après avertissement durant l'infraction, la forme d'une retenue provisoire des subsides de fonctionnement non encore liquidés.

Le montant de la retenue ne peut dépasser 20% des subsides de fonctionnement que l'école dans laquelle l'infraction a été constatée doit recevoir pour l'année scolaire en cours.

**Art. 81.** Récupération de subsides de fonctionnement

§ 1er. Sans préjudice de l'application de l'article 78, les infractions suivantes sont sanctionnées :

1° le non-respect des dispositions concernant les pratiques déloyales contenues dans l'article 19, § 2 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

2° le non-respect du principe de la gratuité d'accès à l'enseignement primaire en application de l'article 32 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

3° le non-respect des principes d'une procédure disciplinaire contenus dans les articles 42 à 45 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

4° le non-respect des dispositions concernant la durée d'une année scolaire ainsi que le régime des congés et vacances contenues dans les articles 57 à 60 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires;

5° le non-respect des conditions d'admission des articles 5 à 13 et 15;

6° les abus lors de l'utilisation des subsides de fonctionnement visés aux articles 27 à 30;

7° les abus lors du comptage des élèves réguliers de l'enseignement primaire et maternel dans le contexte de la création, du maintien et de la fermeture d'écoles;

8° les abus lors du calcul et de l'utilisation du capital emplois.

§ 2. La sanction infligée au pouvoir organisateur auprès duquel est constatée une des infractions énoncées au § 1er prend la forme d'une récupération des subsides de fonctionnement déjà liquidés.

La récupération ne peut dépasser 20 % des subsides de fonctionnement que l'école dans laquelle l'infraction a été constatée a reçus pour l'année scolaire précédente.

**Art. 82.** Procédure

Le Gouvernement fixe les modalités de constatation des infractions et d'application des sanctions. Cette procédure prévoit suffisamment de possibilités de recours.

CHAPITRE IX. — *Dispositions abrogatoires, modificatives et transitoires***Art. 83.** § 1er. Sont abrogés :

- 1° les articles 13, 14 et 15 des lois sur l'enseignement primaire coordonnées le 20 août 1957;
- 2° l'article 2, alinéa 2 de la loi du 11 juillet 1969 relative à la pension de certains membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et de l'enseignement subventionné;
- 3° l'article 4 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire;
- 4° le décret du 30 juin 1997 portant création, maintien, fermeture et organisation de l'enseignement fondamental ordinaire sur base d'un capital emplois, modifié par le décret du 31 août 1998;
- 5° l'arrêté royal du 2 décembre 1969 fixant les normes de création d'emplois de correspondant-comptable et de correspondant-comptable sélectionné dans les établissements d'enseignement de l'Etat;
- 6° l'arrêté royal du 31 août 1971 portant exécution de l'article 2 de la loi du 11 juillet 1969 relative à la pension de certains membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et de l'enseignement subventionné;
- 7° l'arrêté royal du 28 janvier 1971 portant exécution de l'article 2 de la loi du 11 juillet 1969 relative à la pension de certains membres du personnel de l'enseignement de l'Etat et de l'enseignement subventionné;
- 8° l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1990 fixant les normes de création d'emplois de correspondant-comptable et de correspondant-comptable sélectionné dans les établissements d'enseignement fondamental autonomes libres subventionnés dont le chef d'école n'est pas entièrement dispensé de l'enseignement.

## § 2. Sont abrogés en ce qui concerne l'enseignement fondamental ordinaire :

- 1° les articles 24, 25, 28, 35, 36, § 1, et 37 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;
- 2° l'article 1er, § 4, 1° et 2° de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire;
- 3° le décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, modifié par le décret du 4 mars 1996.

§ 3. L'article 6 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire sera, en ce qui concerne l'enseignement fondamental ordinaire, abrogé à un moment fixé par le Gouvernement.

**Art. 84.** Disposition transitoire en vue de la délivrance du certificat d'études de base par des écoles reconnues

Jusqu'à l'entrée en vigueur de l'article 26, les écoles reconnues en application des articles 23 à 25 peuvent délivrer le certificat d'études de base visé à l'article 6 de la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire.

CHAPITRE X. — *Entrée en vigueur***Art. 85.** Entrée en vigueur

Les dispositions du présent décret entrent en vigueur le 20 août 1999, à l'exception des articles 6 et 70 qui produisent leurs effets au 1<sup>er</sup> septembre 1998 et des articles 16, 17, 18, 19, 23, 9°, 26, 80, 81 et 82 qui entreront en vigueur à une date fixée par le Gouvernement.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 avril 1999.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,  
du Sport et du Tourisme

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales

W. SCHRÖDER,

Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

---

 Note

(1) *Session 1998-1999* :

*Documents du Conseil* : 132 (1998-1999), n° 1. Projet de décret.

132 (1998-1999), n°s 2-4. Propositions d'amendement.

132 (1998-1999), n° 5. Rapport.

*Compte rendu intégral*. — Discussion et vote. Séance du 26 avril 1999.

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 99 — 3237

[C - 99/33086]

## 26 APRIL 1999. — Decreet betreffende het gewoon basisonderwijs (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen en definities***Artikel 1.** Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op de gewone basisscholen, georganiseerd en gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap. De artikelen 16 en 17 zijn toepasselijk op de scholen erkend overeenkomstig hoofdstuk IV, afdeling 1.

**Art. 2.** Hoedanigheden

In dit decreet gelden de hoedanigheden voor beide geslachten.

**Art. 3.** Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° basisschool, hierna «school» genoemd : school waar uitsluitend lager onderwijs of lager- en kleuteronderwijs wordt verstrekt, al dan niet gespreid over één of meer vestigingsplaatsen, en onder het gezag van een schoolhoofd;

2° kleuterafdeling : gedeelte van een basisschool waar kleuteronderwijs wordt verstrekt;

3° lagere school : gedeelte van de basisschool waar lager onderwijs wordt verstrekt of basisschool waar uitsluitend lager onderwijs wordt verstrekt;

4° vestigingsplaats : gebouw of gebouwencomplex gevestigd op één adres en waar, namens een inrichtende macht, voorschoolse activiteiten worden georganiseerd en/of lager onderwijs wordt verstrekt;

5° lestijd : eenheid van vijftig minuten aangewend voor het onderwijs of voor andere pedagogische activiteiten in het kader van de schoolopleiding;

6° betrekkingenpakket : aantal betrekkingen waarover een school beschikt;

7° schoolhoofd : directeur of hoofdonderwijzer van een basisschool;

8° studieprogramma : wekelijkse uurrooster en leerplannen in het lager onderwijs.

HOOFDSTUK II. — *Toelatingsvoorwaarden**Afdeling 1.* — Inleidende bepaling**Art. 4.** Inleidende bepaling

Onverminderd de bepalingen van de afdeling 1 van hoofdstuk IV van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs zijn volgende toelatingsvoorwaarden van toepassing.

*Afdeling 2.* — Toelating tot de kleuterafdeling**Art. 5.** Algemene toelatingsvoorwaarde

Tot de kleuterafdeling wordt het niet schoolplichtig kind toegelaten dat tenminste drie jaar oud is of die leeftijd op 31 december van het lopende schooljaar zal hebben bereikt.

**Art. 6.** Inschrijving op de kleuterafdeling van een leerling woonachtig in het buitenland

§ 1. Een kind dat zijn woonplaats in het buitenland heeft, mag slechts op een kleuterafdeling worden ingeschreven

1° als het de algemene toelatingsvoorwaarde vastgelegd in artikel 5 vervult;

2° na overlegging van een door het Ministerie goedgekeurde aanvraag waaruit blijkt dat bijzondere persoonlijke omstandigheden de inschrijving rechtvaardigen;

3° als een inschrijvingsgeld desgevallend werd uitbetaald overeenkomstig artikel 32, § 3 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs.

In afwijking van de voorwaarden opgenomen in lid 1, 2° en 3° moeten de kinderen die hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse publiekrechtelijke entiteit hebben noch een door het Ministerie goedgekeurde aanvraag overleggen noch een inschrijvingsgeld betalen, indien deze entiteit evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze school moet dragen; die kostenbijdrage moet in een geschreven overeenkomst vastgelegd zijn.

**Art. 7.** Verlenging van het bezoek van de kleuterafdeling

In afwijking van artikel 5 kan een leerplichtig kind de kleuterafdeling bezoeken tijdens het eerste jaar leerplicht.

De personen belast met zijn opvoeding nemen een dienovereenkomstige beslissing nadat zij een met redenen omkleed advies van de klasseraad en van het bevoegde PMS-centrum ter kennis hebben genomen.

Gaat het om een kind dat het kleuteronderwijs nog niet heeft bezocht, dan is slechts het advies van een PMS-centrum vereist.

*Afdeling 3.* — Toelating tot de lagere school**Art. 8.** Algemene toelatingsvoorwaarden

Tot de lagere school wordt de leerling toegelaten die op 31 december van het lopende schooljaar ten minste zes jaar oud is en de leeftijd van 15 jaar nog niet heeft overschreden.

Een leerling die houder is van het bewijs van basisonderwijs mag niet tot de lagere school worden toegelaten.

**Art. 9.** Inschrijving op de lagere school van een leerling woonachtig in het buitenland

Vóór de lagere school te kunnen bezoeken legt de leerling die zijn woonplaats in het buitenland heeft en die de algemene toelatingsvoorwaarden vastgelegd in artikel 8 vervult, een attest voor dat door de bevoegde schooloverheid van de Staat waar hij zijn woonplaats heeft, wordt afgegeven en waaruit blijkt dat hij in België een lagere school mag bezoeken. Dit attest dient slechts bij de eerste inschrijving te worden voorgelegd.

Het eerste lid is niet van toepassing op de leerling ingeschreven in het vreemdelingenregister, in het wachtregister of in het bevolkingsregister van een Belgische gemeente.

**Art. 10.** Vervroegde toelating tot de lagere school

In afwijking van artikel 8 mag een niet leerplichtig kind de lagere school vanaf het schooljaar bezoeken dat tijdens het kalenderjaar begint waar het kind 5 jaar oud wordt.

De personen belast met zijn opvoeding nemen een dienovereenkomstige beslissing nadat zij een met redenen omkleed advies van de klasseraad en van het bevoegde PMS-centrum ter kennis hebben genomen.

Gaat het om een kind dat het kleuteronderwijs nog niet heeft bezocht, dan is slechts het advies van een PMS-centrum vereist.

*Afdeling 4. — Duur van het lager onderwijs***Art. 11.** Algemene bepaling

De leerling bezoekt de lagere school tijdens zes schooljaren.

**Art. 12.** Verlenging van het bezoek van de lagere school

In afwijking van artikel 11 kan de klasseraad beslissen dat de leerling op de lagere school één enkele keer een bijkomend jaar in één en hetzelfde niveau volgt. Wanneer een leerling van school verandert, is deze beslissing verbindend voor alle scholen met dezelfde graadverdeling.

Op de voordracht van de klasseraad en op grond van een advies uitgebracht door het PMS-centrum kunnen de personen belast met de opvoeding beslissen dat hun kind de jaren doorgebracht op de lagere school met een 8ste jaar verlengt.

**Art. 13.** Verkorting van het bezoek van de lagere school

In afwijking van artikel 11 en op grond van een gunstig advies van de klasseraad kunnen de personen belast met de opvoeding beslissen dat de jaren doorgebracht door hun kind op de lagere school met één jaar worden verminderd.

*Afdeling 5. — Regelmatige leerling en verandering van school***Art. 14.** Regelmatige leerling

Op de kleuterafdeling geldt als regelmatige leerling degene die :

1° de voorwaarden vermeld in de afdeling 2 van dit hoofdstuk vervult;

2° in één enkele school is ingeschreven;

3° indien hij met toepassing van artikel 7 de kleuterafdeling bezoekt, op school aanwezig is en aan de voor hem of voor zijn klas georganiseerde activiteiten deelneemt.

Op de lagere school geldt als regelmatige leerling degene die :

1° de voorwaarden vermeld in de afdeling 3 van dit hoofdstuk vervult;

2° in één enkele school is ingeschreven;

3° die op de lagere school aanwezig is en aan de voor hem of voor zijn klas georganiseerde onderwijsactiviteiten deelneemt.

**Art. 15.** Inschrijving op de lagere school en verandering van school

§ 1. De inschrijving op de lagere school vindt ten laatste op de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar plaats.

Indien de inschrijving in uitzonderlijke gevallen later plaatsvindt, worden die leerlingen niet in aanmerking genomen voor de berekeningen overeenkomstig hoofdstukken IV, V en VI, onverminderd de artikelen 60, lid 3 en 70, § 1, lid 2.

§ 2. Een verandering van school mag niet na de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar plaatsvinden, behalve als de leerling van woonplaats verandert.

In uitzonderlijke gevallen en in afwijking van het eerste lid kunnen de personen belast met de opvoeding, na de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar, een met redenen omklede aanvraag om van school te veranderen bij het schooltoezicht indienen door bemiddeling van het schoolhoofd van de school waar de leerling zou worden ingeschreven. Die aanvraag omvat het advies van het schoolhoofd van de verlaten school. Het schooltoezicht beslist binnen de vijf dagen. De verandering van school mag slechts na goedkeuring plaatsvinden.

*HOOFDSTUK III. — Onderwijsaanbod, certificatie en organisatie van de schooltijd**Afdeling 1. — Onderwijsaanbod**Onderafdeling 1. — Kleuterafdeling***Art. 16.** Het activiteitenplan omvat verplicht de volgende activiteiten :

1° activiteiten in de moedertaal en in een vreemde taal;

2° psychomotorische activiteiten;

3° creatieve activiteiten;

4° wiskundige en natuurwetenschappelijke activiteiten;

5° activiteiten met het oog op het aanleren van bekwaamheden vereist in het alledaags en sociaal leven.

## Onderafdeling 2. — Lagere school

**Art. 17.** Vakken en vakgebieden

Het aangeboden onderwijs omvat verplicht

1° volgende vakken of vakgebieden :

- a) moedertaal;
- b) psychomotorische en lichamelijke opvoeding;
- c) artistieke vorming en handenarbeid;
- d) wiskunde;
- e) wereldoriëntatie;
- f) eerste vreemde taal;
- g) godsdienst of niet-confessionele zedenleer.

2° volgende vakoverschrijdende gebieden :

- a) methodiek van het leren;
- b) sociaal gedrag.

*Afdeling 2. — Certificatie in het lager onderwijs***Art. 18.** Bewijs van basisonderwijs

Het bezoek van het basisonderwijs wordt door een bewijs van basisonderwijs bekrachtigd.

Het bewijs van basisonderwijs wordt uitgereikt aan de regelmatige leerling en aan de leerling die krachtig moet worden gesteund, bedoeld in artikel 60, lid 2, die de sleutelbevoegdheden echter genoeg beheerst in de vakken «moedertaal», «eerste vreemde taal» en «wiskunde» alsook in de vakken en vakgebieden vastgelegd overeenkomstig artikel 82 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs.

**Art. 19.** Studiebewijs

De regelmatige leerling en de leerling die krachtig moet worden gesteund, bedoeld in artikel 60, lid 2, die op het einde van het lager onderwijs het bewijs van basisonderwijs niet verkrijgt, heeft recht op een schriftelijke verklaring uitgereikt door het schoolhoofd waarin de bereikte bevoegdheden en het aantal gevolgde leerjaren worden vermeld.

**Art. 20.** Bewijs van basisonderwijs uitgereikt buiten schoolverband

Op advies van het schooltoezicht bepaalt de Regering een school waar een examencommissie wordt ingericht om het bewijs van basisonderwijs buiten schoolverband uit te reiken.

De examencommissie bestaat uit een lid van het schooltoezicht, het schoolhoofd en leden van het onderwijzend personeel van de betrokken school. Het lid van het schooltoezicht is voorzitter van de examencommissie.

**Art. 21.** Modaliteiten

De Regering regelt de overige modaliteiten voor de uitreiking, in en buiten schoolverband, van de bewijzen van basisonderwijs en van de studiebewijzen en bepaalt er de vorm van.

*Afdeling 3. — Organisatie van de schooltijd***Art. 22.** Schooldag en wekelijks uurrooster

§ 1. Het inrichtingshoofd van een Gemeenschapsschool of, naargelang het geval, de inrichtende macht van een gesubsidieerde school bepaalt, op voorstel van de Pedagogische Raad en na overleg met de afgevaardigden van de ouders en van een erkende werknemersorganisatie — indien zulke bestaan —, de openingsuren van de school, het tijdstip waarop de cursussen beginnen en eindigen alsmede de duur van het middaguur.

In afwijking van artikel 64 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs worden de cursussen tussen 8 en 16 uur verstrekt.

§ 2. De openingsuren van de school houden rekening met het officieel georganiseerd leerlingenvervoer.

's Morgens en 's namiddags ontvangt de school de leerlingen vijftien minuten vóór het begin van de eerste lestijd en vijftien minuten na het einde van de laatste lestijd, onverminderd het eerste lid.

Tijdens de openingsuren zorgt de inrichtende macht voor een behoorlijk toezicht op de leerlingen.

§ 3. Het wekelijks uurrooster van de leerling belooft 28 lestijden.

*HOOFDSTUK IV. — Erkening en subsidiëring**Afdeling 1. — Erkenning***Art. 23.** Voorwaarden

Een school kan erkend worden als ze

1° onder de verantwoordelijkheid van een inrichtende macht staat;

2° zich in lokalen bevindt die aan de criteria inzake hygiëne, veiligheid en woonbaarheid voldoen;

3° uit een lagere school of uit een lagere school en een kleuterafdeling bestaat, gestructureerd overeenkomstig de bepalingen van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs en van dit decreet;

4° een pedagogische eenheid vormt;

5° over voldoende leermiddelen en over een aangepaste onderwijsvoorziening beschikt;

6° aan de wettelijke en reglementaire bepalingen inzake taalregeling in het onderwijs voldoet;

7° aan de bepalingen m.b.t. de verloven en de cursussen voldoet;

8° een activiteitenplan of een studieprogramma volgt die door de Regering goedgekeurd zijn;

9° het maatschappelijk project verwezenlijkt en de ontwikkelingsdoelen en sleutelbevoegdheden bereikt in de vakken "moedertaal", "eerste vreemde taal" en "wiskunde";

10° zich aan het toezicht van het Ministerie onderwerpt wat de naleving der voorwaarden van de punten 1° tot 9° betreft.

#### **Art. 24.** Erkenningsprocedure

De Regering kent de erkenning toe. Die geldt vanaf de eerste dag van een schooljaar en mag niet met terugwerkende kracht worden uitgesproken.

De Regering legt de erkenningsprocedure vast.

#### **Art. 25.** Intrekking van de erkenning

De Regering kan de erkenning van een school of van een vestigingsplaats intrekken wanneer de school of vestigingsplaats één of meerdere voorwaarden van artikel 23 niet meer vervult.

De Regering bepaalt hoe de erkenning wordt ingetrokken. De procedure voorziet in voldoende beroepsmogelijkheden.

#### **Art. 26.** Uitreiking van titels

De inrichtende macht van een erkende school kan de eindgetuigschriften en studiebewijzen bedoeld in de artikelen 18 en 19 van rechtswege uitreiken.

### *Afdeling 2. — Werkingstoelagen*

#### **Art. 27.** Recht

Een school die, alhoewel zij niet door de Gemeenschap wordt georganiseerd, de voorwaarden van de eerste afdeling van dit hoofdstuk en de afdelingen 1 tot 3 van hoofdstuk V, alsmede alle voorwaarden van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs vervult, heeft recht op werkingstoelagen vanaf het begin van het schooljaar waarin ze deze voorwaarden vervult.

#### **Art. 28.** Aanwending van de werkingstoelagen

De werkingstoelagen worden aangewend om

1° de werkings- en uitrustingskosten te dekken;

2° schoolboeken en materiaal aan te werven die kosteloos ter beschikking van de leerlingen worden gesteld;

3° gebouwen, lokalen, meubels en installaties te kopen of te huren;

4° herstellings- en onderhoudskosten te dragen alsmede om leningen terug te betalen die voor infrastructuurmaatregelen zijn aangegaan.

#### **Art. 29.** Uitbetalingsmodaliteiten

Vanaf het begin van het begrotingsjaar worden de werkingstoelagen maandelijks aan de inrichtende machten vóór de 22ste in twaalfden uitbetaald.

#### **Art. 30.** Bedrag van de werkingstoelagen

§ 1. Voor de kleuterafdelingen belopen de werkingstoelagen 6.550 F per regelmatige leerling die tot de laatste schooldag van september gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig was;

Voor de lagere scholen belopen de werkingstoelagen 8.800 F per leerling die op de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar regelmatig ingeschreven was.

Voor de toezichten tijdens het middaguur, georganiseerd overeenkomstig artikel 77, § 1, verkrijgt de inrichtende macht — voor de eerste begonnen groep van 75 regelmatige leerlingen — een vergoeding van 285 F voor de studiemeesters die houders zijn van een pedagogisch getuigschrift en van 215 F voor de andere.

Indien de school of, naargelang het geval, de vestigingsplaats meer dan 75 regelmatige leerlingen telt, heeft de inrichtende macht recht — voor elke verdere begonnen groep van 75 leerlingen — op een bijkomende toelage overeenstemmend met de bedragen vastgelegd in het derde lid als zij bijkomende studiemeesters tot het toezicht tijdens het middaguur verplicht.

Het aantal leerlingen wordt overeenkomstig de artikelen 53 tot 55 en 58 tot 60 berekend.

§ 2. De bedragen van de werkingstoelagen vastgelegd in § 1 worden jaarlijks in september verhoogd of verminderd volgens de ontwikkeling van het indexcijfer der consumptieprijzen.

Het indexcijfer van september 1998 (102,7) geldt als basisindexcijfer; het indexcijfer van de voorafgaande maand september wordt in aanmerking genomen om de aanpassing te berekenen.

### *Afdeling 3. — Weddetoelagen*

#### **Art. 31.** Recht

§ 1. Een school die niet door de Gemeenschap wordt georganiseerd, heeft vanaf het begin van het schooljaar recht op weddetoelagen voor de personeelsleden van de categorieën «bestuurspersoneel» en «onderwijzend personeel»

1° wanneer de school de voorwaarden van de eerste afdeling van dit hoofdstuk en van de afdelingen 1 tot 3 van hoofdstuk V, alsmede alle voorwaarden van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs vervult;

- 2° wanneer het om personeelsleden gaat
- a) die Belg of burger van de Europese Unie zijn; de Regering kan een afwijking toestaan;
  - b) die de politieke en burgerlijke rechten genieten;
  - c) die houder zijn van een vereist of voldoende geacht bekwaamheidsbewijs overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen;
  - d) waarvan de gezondheidstoestand noch die van de leerlingen noch die van de andere personeelsleden in gevaar brengt;
  - e) die aan de wettelijke en reglementaire bepalingen inzake taalregeling in het onderwijs voldoen;
  - f) die aangeworven of aangesteld zijn met inachtneming van de bepalingen inzake reffectatie en wedertewerkingstelling.

§ 2. De bepalingen van § 1 zijn ook van toepassing op de personeelsleden van de categorie «administratief personeel» in het gesubsidieerd vrij onderwijs.

§ 3. De weddetoelagen worden maandelijks, rechtstreeks aan de personeelsleden van de gesubsidieerde scholen, uitbetaald.

## HOOFDSTUK V. — Oprichting, handhaving en sluiting van scholen

### Afdeling 1. — Toepassingsgebied van de normen

#### Art. 32. Toepassingsgebied

De normen vermeld in dit hoofdstuk gelden per school of vestigingsplaats, per taalsectie en onderwijsniveau.

### Afdeling 2. — Oprichting

#### Art. 33. Oprichting van een lagere school

§ 1. Onverminderd artikel 6 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs wordt een lagere school, het oprichtingsjaar, vanaf de eerste dag van het schooljaar georganiseerd of gesubsidieerd, indien zij op de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar ten minste 75 regelmatige leerlingen van het lager onderwijs telt die aan de leerplicht onderworpen zijn.

§ 2. Een lagere school opgericht overeenkomstig § 1 moet tijdens het tweede, derde en vierde jaar de bepaalde oprichtingsnorm bereiken. Als teldag geldt telkens de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar.

Indien de lagere school de bepaalde norm niet bereikt, wordt ze vanaf de eerste schooldag gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

#### Art. 34. Oprichting van een kleuterafdeling

§ 1. Een kleuterafdeling mag slechts als onderwijsniveau van een basisschool worden opgericht.

Onverminderd artikel 6 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs wordt een kleuterafdeling, tijdens het oprichtingsjaar, vanaf de eerste dag van het schooljaar georganiseerd resp. gesubsidieerd, indien zij op de laatste schooldag van de maand september tenminste 25 leerlingen telt. Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs die hun woonplaats in België hebben en die, tot de laatste schooldag van de maand september, op de betrokken school gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarden vastgelegd in de leden 1 of 2 niet vervult, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten m.b.t. de maand september ten laste van de inrichtende macht.

§ 2. Een kleuterafdeling opgericht overeenkomstig § 1 moet het tweede, derde en vierde jaar de bepaalde oprichtingsnorm bereiken. Als teldag geldt telkens de laatste schooldag van de maand september.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarden vastgelegd in het eerste lid niet vervult, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten m.b.t. de maand september ten laste van de inrichtende macht.

### Afdeling 3. — Sluiting en heropening

#### Art. 35. Sluiting en heropening van een lagere school

Een lagere school die op de drie werkdagen vóór het begin van het schooljaar geen 12 regelmatige leerlingen van het lager onderwijs telt, wordt vanaf de eerste schooldag gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

Onverminderd artikel 33 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde lagere school binnen 10 jaar na de sluiting weder geopend of gesubsidieerd worden vanaf de eerste schooldag, op voorwaarde dat zij op de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar 12 regelmatige leerlingen telt.

Indien de lagere school de overeenstemmende norm niet bereikt, wordt ze vanaf de eerste dag van het schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

#### Art. 36. Sluiting en heropening van een kleuterafdeling

§ 1. Een kleuterafdeling die op de laatste schooldag van de maand september geen 6 regelmatige leerlingen telt, wordt vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

Onverminderd artikel 34 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde school binnen 10 jaar na de sluiting weder geopend of gesubsidieerd worden vanaf de eerste dag van het schooljaar, op voorwaarde dat zij op de laatste schooldag van de maand september ten minste 6 leerlingen telt.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarden vastgelegd in lid 2 niet vervult, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten m.b.t. de maand september ten laste van de inrichtende macht.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en die tot de laatste schooldag van de maand september gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

§ 2. In afwijking van § 1, lid 4 kunnen ook de leerlingen in aanmerking worden genomen die hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse of binnenlandse publiekrechtelijke entiteit hebben, indien deze evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze school moet dragen; die kostenbijdrage moet in een geschreven overeenkomst vastgelegd zijn.

#### Afdeling 4. — Fusie en herstructurering

##### Onderafdeling 1. — Fusie

#### Art. 37. Definitie

Een fusie van scholen kan volgende vormen hebben :

1° samenvoeging van twee of meerdere gelijktijdig gesloten scholen tot een nieuwe school onder het gezag van één schoolhoofd;

2° samenvoeging van twee of meerdere scholen tot een nieuwe school onder het gezag van één schoolhoofd, waarbij één van de scholen blijft bestaan en de andere school (scholen) overneemt;

#### Art. 38. Modaliteiten voor de fusie

§ 1. Elke school kan met één of meer andere scholen gefusioneerd worden. Fusies van scholen moeten ten minste drie werkdagen vóór het begin van het schooljaar gebeuren en treden de eerste schooldag in werking.

Voor de toepassing van afdeling 2 van dit hoofdstuk wordt een door fusie ontstane school niet als nieuwe school beschouwd.

§ 2. Bij fusie van scholen kan de Regering jaarlijks en voor ten hoogste vier schooljaren van de bepalingen van hoofdstuk VI afwijken. De afwijking mag echter nooit tot gevolg hebben dat het betrekkingenpakket overschreden wordt dat voor de door de fusie betrokken scholen met toepassing van hoofdstuk VI in de loop van het schooljaar vóór de fusie bepaald werd.

##### Onderafdeling 2. — Herstructurering

#### Art. 39. Principe

Inrichtende machten kunnen één of meer van hun scholen bestaande op de dag van de inwerkingtreding van dit decreet, binnen de grenzen van de gemeente(n) waar ze gelegen zijn, herstructureren. De oprichtingsnormen vastgelegd in de artikelen 33 en 34 zijn niet van toepassing.

#### Art. 40. Voorwaarden

Een herstructurering kan onder volgende voorwaarden gebeuren :

1° ze kan niet leiden tot een toename van het aantal scholen of vestigingsplaatsen bestaande op de dag van de inwerkingtreding van dit decreet;

2° de normen vermeld in de artikelen 35, lid 1 en 36, § 1, lid 1 moeten bereikt worden.

#### Art. 41. Inwerkingtreding

De herstructurering treedt in werking op de eerste dag van een schooljaar en niet met terugwerkende kracht.

#### HOOFDSTUK VI. — Berekening van het aantal betrekkingen

##### Afdeling 1. — Schoolleiding en administratief personeel

##### Onderafdeling 1. — Principe

#### Art. 42. Schoolhoofd

§ 1. Per school wordt een betrekking als schoolhoofd georganiseerd of gesubsidieerd.

Volgens het aantal leerlingen wordt het schoolhoofd geheel of gedeeltelijk vrijgesteld van het houden van een klas. Te dien einde verkrijgt de inrichtende macht, voor de betrokken school en naargelang de schoolbevolking, het volgende aantal betrekkingen :

1° van 50 tot 99 leerlingen : 1/4 betrekking;

2° van 100 tot 149 leerlingen : 2/4 betrekking;

3° van 150 tot 179 leerlingen : 3/4 betrekking;

4° vanaf 180 leerlingen : een voltijdse betrekking.

§ 2. De wedde van een schoolhoofd wordt overeenkomstig de weddeschalen onder volgende voorwaarden bepaald :

1° tot 71 leerlingen : de weddeschaal van schoolhoofd in een school met één tot drie klassen;

2° van 72 tot 140 leerlingen : de weddeschaal van schoolhoofd in een school met 4 tot 6 klassen;

3° van 141 tot 209 leerlingen : de weddeschaal van schoolhoofd in een school met zeven tot negen klassen;

4° vanaf 210 leerlingen : de weddeschaal van schoolhoofd in een school met tien klassen en meer.

#### Art. 43. Rekenplichtig correspondent

Voor een school georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap of voor een gesubsidieerde vrije school die zich niet in de vestiging van een secundaire of hogere school van éézelfde inrichtende macht bevindt, verkrijgt de inrichtende macht naargelang de schoolbevolking volgende betrekkingen als rekenplichtig correspondent :

1° tot 49 leerlingen : 1/4 betrekking;

2° van 50 tot 149 leerlingen : 2/4 betrekking;

3° van 150 tot 249 leerlingen : 3/4 betrekking;

4° vanaf 250 leerlingen : één voltijdse betrekking.



## Onderafdeling 2. — Berekeningsbasis

**Art. 44. Principe**

De berekening van het betrekkingenpakket gebeurt per school.

Als teldag geldt de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar.

**Art. 45. Berekeningswijze**

Volgende leerlingen worden opgeteld :

1° de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs, waarbij diegenen die een op grond van de artikelen 34 en 36 gesloten school bezochten, ten laatste tot de derde schooldag in aanmerking genomen worden;

2° de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs, waarbij diegenen die een op grond van de artikelen 33 en 35 gesloten lagere school bezochten ten laatste tot de derde schooldag in aanmerking genomen worden;

3° de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen.

## Onderafdeling 3. — Aanwending van het betrekkingenpakket

**Art. 46. Toepassingsduur**

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 42 tot 45 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

**Art. 47. Aanwending**

Het betrekkingenpakket bedoeld in de artikelen 42 tot 45 wordt in de school aangewend waarvan het aantal leerlingen recht geeft op deze betrekkingen.

*Afdeling 2. — Pedagogische coördinatie*

## Onderafdeling 1. — Principe

**Art. 48. Pedagogische coördinatie**

Voor de pedagogische coördinatie, de animatie en de begeleiding verkrijgt de inrichtende macht, voor de betrokken school en naargelang de schoolbevolking, het volgende betrekkingenpakket :

1° van 280 tot 379 leerlingen : 1/4 betrekking;

2° van 380 tot 479 leerlingen : 2/4 betrekking;

3° van 480 tot 579 leerlingen : 3/4 betrekking;

4° vanaf 580 leerlingen : één voltijdse betrekking.

In afwijking van het eerste lid, 1° verkrijgt de inrichtende macht 1/4 betrekking wanneer de betrokken school ten minste 220 leerlingen en ten minste 4 vestigingen telt.

## Onderafdeling 2. — Berekeningsbasis

**Art. 49. Principe**

De berekening van het betrekkingenpakket gebeurt per school.

Als teldag geldt de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar.

**Art. 50. Berekeningswijze**

De volgende leerlingen worden opgeteld :

1° de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs, waarbij diegenen die een op grond van de artikelen 34 en 36 gesloten school bezochten, ten laatste tot de derde schooldag in aanmerking genomen worden;

2° de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs, waarbij diegenen die een op grond van de artikelen 33 en 35 gesloten lagere school bezochten ten laatste tot de derde schooldag in aanmerking genomen worden;

3° de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen.

## Onderafdeling 3. — Aanwending van het betrekkingenpakket

**Art. 51. Toepassingsduur**

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 48 tot 50 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

**Art. 52. Aanwending**

Het betrekkingenpakket bedoeld in de artikelen 48 tot 50 wordt in de school aangewend waarvan het aantal leerlingen recht geeft op deze betrekkingen.

Het wordt aan het betrekkingenpakket bedoeld in de derde afdeling van dit hoofdstuk toegevoegd.

## Afdeling 3. — Onderwijzend personeel

## Onderafdeling 1. — Kleuteronderwijs

**Art. 53.** Aantal betrekkingen

Naargelang het aantal leerlingen verkrijgt de inrichtende macht het volgende aantal betrekkingen voor het kleuteronderwijs :

Leerlingen	Voltijdse betrekkingen
tot 19	1
20-25	1,5
26-32	2
33-39	2,25
40-44	2,5
45-50	2,75
51-55	3
56-61	3,25
62-67	3,5
68-72	3,75
73-78	4
79-83	4,25
84-89	4,5
90-95	4,75
96-100	5
101-106	5,25
107-111	5,5
112-117	5,75
118-123	6
124-128	6,25
129-134	6,5
135-139	6,75
140-145	7

en bijkomend 1/4 betrekking voor elke begonnen groep van 5 leerlingen.

**Art. 54.** Berekeningswijze

Voor de berekening gelden volgende regels :

1° de leerlingen worden per taalsectie afzonderlijk opgeteld;

2° wanneer een school meerdere vestigingsplaatsen telt, worden de leerlingen van die verschillende vestigingsplaatsen per taalsectie afzonderlijk opgeteld.

In afwijking van lid 1, 2° worden de leerlingen van meerdere vestigingsplaatsen samengeteld, wanneer die vestigingsplaatsen minder dan 2 km ver van elkaar liggen. Als basis dient de kortst mogelijke afstand gemeten langs de rijbaan, zoals omschreven in artikel 2, 1° van het koninklijk besluit van 1 december 1975 houdende algemeen reglement op de politie van het wegverkeer, zonder dat rekening wordt gehouden met wegomleggingen en eenrichtingsverkeer.

**Art. 55.** Teldag en in aanmerking genomen leerlingen

Als teldag voor de berekening van het betrekkingenpakket geldt de laatste schooldag van de maand september van het lopende schooljaar.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die tot de laatste schooldag van de maand september van het lopende schooljaar gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

**Art. 56.** Nieuwe berekening van het betrekkingenpakket in de loop van het schooljaar

In de vestigingsplaatsen die overeenkomstig de artikelen 53 tot 55 ten minste 26 leerlingen tellen, wordt het betrekkingenpakket op verzoek van de inrichtende macht op 15 maart van het lopende schooljaar opnieuw berekend.

Voor de nieuwe berekening worden de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs in aanmerking genomen die gedurende de laatste vijftien klessedagen tot en met 15 maart gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

**Art. 57.** Aanwendingsduur

§ 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53 tot 55 is beschikbaar vanaf 1 oktober van het lopende schooljaar tot 30 september van het volgende schooljaar.

Vanaf de eerste dag van het schooljaar mag de inrichtende macht bijkomende 1/4 betrekkingen organiseren; zij moet echter de betrekkingen op zich nemen die op grond van de nieuwe berekening op 1 oktober niet meer beschikbaar zijn.

§ 2. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54 en 56 is beschikbaar voor zover het ten minste 1/2 voltijdse betrekking meer telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op 1 oktober recht had.

In dit geval is het beschikbaar vanaf de eerste schooldag na 15 maart tot de laatste schooldag van het lopende schooljaar.

#### Onderafdeling 2. — Lager onderwijs

##### Art. 58. Aantal betrekkingen

Naargelang het aantal leerlingen verkrijgt de inrichtende macht het volgende aantal betrekkingen voor het lager onderwijs :

Leerlingen	Voltijdse betrekkingen
12-15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

en bijkomend 1/4 voltijdse betrekking voor elke begonnen groep van 5 leerlingen.

##### Art. 59. Berekeningswijze

Voor de berekening gelden volgende regels :

1° de leerlingen worden per taalsectie afzonderlijk opgeteld;

2° wanneer een school meerdere vestigingsplaatsen telt, worden de leerlingen van die verschillende vestigingsplaatsen per taalsectie afzonderlijk opgeteld.

In afwijking van lid 1, 2° worden de leerlingen van meerdere vestigingsplaatsen samengeteld, wanneer die vestigingsplaatsen minder dan 2 km ver van elkaar liggen. Als basis dient de kortst mogelijke afstand gemeten langs de rijbaan, zoals omschreven in artikel 2, 1° van het koninklijk besluit van 1 december 1975 houdende algemeen reglement op de politie van het wegverkeer, zonder dat rekening wordt gehouden met wegomleggingen en eenrichtingsverkeer.

##### Art. 60. Teldag en in aanmerking genomen leerlingen

Als teldag voor de berekening van het betrekkingenpakket in het lager onderwijs geldt de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs alsmede de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en tenminste 14 lestijden per week volgen.

Worden eveneens in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs die een op grond van de artikelen 33 en 35 gesloten school bezochten en ten laatste op de derde schooldag bij de school ingeschreven worden.

##### Art. 61. Aanwendingsduur

Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58 tot 60 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

#### Onderafdeling 3. — Gemeenschappelijke bepalingen voor kleuter- en lager onderwijs

##### Art. 62. Solidariteit en overdracht van het betrekkingenpakket

§ 1. Met uitzondering van het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54 en 56 kan het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig afdeling 3 van dit hoofdstuk van een onderwijsniveau naar een ander, van een vestigingsplaats naar een andere, van een taalsectie naar een andere en van een school naar een andere overgedragen worden.

De overdracht van een onderwijsniveau naar een ander mag slechts per 1/4 betrekkingen gebeuren.

De overdracht waarvan sprake is in de leden 1 en 2 vindt slechts plaats in het officieel onderwijs georganiseerd door de Duitstalige Gemeenschap, in het door haar gesubsidieerd officieel onderwijs en in het door haar gesubsidieerd vrij onderwijs.

§ 2. De overdracht van het betrekkingenpakket mag niet tot gevolg hebben dat personeelsleden wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld worden.

Een definitieve benoeming of aanstelling is niet toegelaten voor een betrekking of gedeelte van betrekking opgericht met toepassing van § 1.

##### Art. 63. Overleg en verhoor

De inrichtende macht of haar vertegenwoordiger beslist over de aanwending van het betrekkingenpakket na overleg met het bestuurs- of onderwijzend personeel en na de oudersafvaardigingen te hebben gehoord.

##### Art. 64. Beperkende bepalingen

De personeelsleden die in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd onderwijs tot de stage toegelaten zijn en degenen die in vast verband benoemd zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt in dezelfde school uitoefenen.

De personeelsleden die in het gesubsidieerd officieel onderwijs in vast verband benoemd zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt bij dezelfde inrichtende macht uitoefenen.

De personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs die definitief aangesteld zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt uitoefenen in scholen van het gesubsidieerd vrij onderwijs die in dezelfde gemeente gelegen zijn.

Een bijzonder leermeester wiens prestaties tot het betrekkingenpakket behoren, mag niet ter beschikking wegens ontstentenis van betrekking worden gesteld om een onderwijzer aan te werven.

Een onderwijzer mag niet ter beschikking wegens ontstentenis van betrekking worden gesteld om een bijzonder leermeester aan te werven wiens prestaties tot het lestijdenpakket behoren dat op grond van de artikelen 58 tot 60 en 68, § 4 berekend wordt.

#### *Afdeling 4. — Godsdienst en niet-confessionele zedenleer*

##### Onderafdeling 1. — Principe

###### **Art. 65.** Aantal wekelijkse lestijden

Elke leerling van het lager onderwijs ontvangt 2 uren godsdienst of niet-confessionele zedenleer per week.

Te dien einde verkrijgt de inrichtende macht 2 lestijden per week voor elke cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer georganiseerd in haar school.

##### Onderafdeling 2. — Organisatie van de cursussen en berekening van het aantal leerlingen

###### **Art. 66.** Berekeningsregels

De berekeningsregels vermeld in artikel 59 zijn van toepassing op deze onderafdeling.

###### **Art. 67.** Teldag

Onverminderd artikel 70, § 1, leden 2 en 3 geldt als teldag voor de berekening van het aantal leerlingen de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar. De regelmatige leerlingen van het lager onderwijs worden in aanmerking genomen.

###### **Art. 68.** Recht

§ 1. In elke vestigingsplaats die één of twee klassen organiseert, worden de cursussen godsdienst resp. niet-confessionele zedenleer per klas georganiseerd.

§ 2. In elke vestigingsplaats die drie klassen of meer organiseert, wordt het aantal cursussen als volgt vastgelegd :

tot 23 leerlingen	1 cursus
van 24 tot 44 leerlingen	2 cursussen
van 45 tot 71 leerlingen	3 cursussen
van 72 tot 94 leerlingen	4 cursussen
van 95 tot 117 leerlingen	5 cursussen
van 118 tot 140 leerlingen	6 cursussen
van 141 tot 163 leerlingen	7 cursussen
van 164 tot 186 leerlingen	8 cursussen
van 187 tot 209 leerlingen	9 cursussen
van 210 tot 231 leerlingen	10 cursussen
van 232 tot 256 leerlingen	11 cursussen

en 1 bijkomend cursus voor elke begonnen groep van 25 leerlingen.

§ 3. Voor elke cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer worden de leerlingen per groep van twee opeenvolgende studiejaar opgeteld. Het gaat resp. om het eerste en het tweede, het derde en het vierde, het vijfde en het zesde studiejaar, telkens met het woord «graad» aangeduid in de artikelen 69 en 70.

§ 4. Indien de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer met toepassing van artikel 71 door een onderwijzer worden verstrekt, wordt het overeenkomstig de §§ 1 en 2 berekend aantal cursussen met het aantal cursussen verminderd die door de onderwijzer worden verstrekt. Dit kan niet tot gevolg hebben dat personeelsleden wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld worden.

Het overeenkomstige aantal uren wordt aan het met toepassing van de artikelen 58 tot 60 berekend betrekkingenpakket toegevoegd. Een definitieve benoeming of aanstelling is voor deze uren niet toegelaten.

###### **Art. 69.** Afwijking voor minder bezochte cursussen

In afwijking van artikel 68 kunnen 2 cursussen georganiseerd resp. gesubsidieerd worden voor elke cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer waarvoor minder dan 24 leerlingen per graad ingeschreven zijn, indien volgende voorwaarden vervuld zijn :

1° voor de betrokken cursus zijn ten minste 6 leerlingen van de betrokken graad ingeschreven;

2° deze leerlingen worden verdeeld onder de twee studiejaar van de graad;

3° de meest bezochte cursus van eenzelfde graad, wordt voor ten minste 24 leerlingen georganiseerd.

## Onderafdeling 3. — Aanwending van de lestijden godsdienst en niet-confessionele zedenleer

**Art. 70.** Toepassingsduur en beperkende bepalingen

§ 1. Het betrekkingenpakket berekend overeenkomstig de artikelen 68 en 69 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

Zodra een leerling zich in een school of vestiging met afzonderlijke telling inschrijft waar geen door hem gekozen cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer georganiseerd resp. gesubsidieerd wordt voor de graad waarin hij ingeschreven is, worden 2 lestijden godsdienst of niet-confessionele zedenleer voor hem georganiseerd resp. gesubsidieerd.

Indien er in de loop van een schooljaar geen leerling van een bepaalde graad meer is die de cursus godsdienst of niet-confessionele zedenleer volgt, dan wordt de cursus in deze graad slechts tot de laatste dag van de maand georganiseerd resp. gesubsidieerd waarin de laatste leerling met het bezoek van de cursus ophoudt.

§ 2. De leermeesters godsdienst of niet-confessionele zedenleer die in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd onderwijs tot de stage toegelaten zijn en degenen die in vast verband benoemd zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt in dezelfde school uitoefenen.

De leermeesters godsdienst of niet-confessionele zedenleer die in het gesubsidieerd officieel onderwijs in vast verband benoemd zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt bij dezelfde inrichtende macht uitoefenen.

De leermeesters godsdienst of niet-confessionele zedenleer die in het gesubsidieerd vrij onderwijs vastbenoemd en erkend zijn, mogen niet ter beschikking worden gesteld wegens ontstentenis van betrekking zolang tijdelijke personeelsleden hetzelfde ambt uitoefenen in scholen van het gesubsidieerd vrij onderwijs die in dezelfde gemeente gelegen zijn.

§ 3. Een bijzonder leermeester godsdienst mag niet ter beschikking wegens ontstentenis van betrekking worden gesteld als een onderwijzer cursussen godsdienst verstrekt.

**Art. 71.** Aanwending

Onverminderd artikel 65bis van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, is het mogelijk dat :

1° de cursus godsdienst door een onderwijzer verstrekt wordt, voor zover de bevoegde instantie van de betrokken erediensdienst, indien zo'n instantie bestaat, de inrichtende macht en de betrokken onderwijzer ermee akkoord gaan;

2° de cursus niet-confessionele zedenleer door een onderwijzer verstrekt wordt, voor zover hij en de inrichtende macht ermee akkoord gaan.

De lestijden godsdienst en niet-confessionele zedenleer worden aangewend in de vestiging waarvan het aantal leerlingen recht geeft op deze cursussen.

HOOFDSTUK VII. — *Wekelijkse werktijd***Art. 72.** Schoolhoofd

Het schoolhoofd oefent zijn ambt uit tijdens de openingsuren van de school en de tijd bestemd tot de verwezenlijking van het schoolproject.

**Art. 73.** Rekenplichtig correspondent

De werktijd van de rekenplichtig correspondent belooft 36 uren van 60 minuten.

**Art. 74.** Onderwijzend personeel

De prestaties verleend door het onderwijzend personeel omvatten de opdrachten bepaald in artikel 97 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs.

De prestaties verleend door het onderwijzend personeel in een school belopen ten hoogste 26 uren van 60 minuten en omvatten :

1° de onderwijsprestatie die binnen het kader van de betrokken lestijd moet worden geleverd;

2° het toezicht opgelegd aan het personeelslid door de inrichtende macht tijdens het tijdperk bepaald in artikel 22, § 2, lid 2;

3° het toezicht dat vrijwillig en na overleg met de personeelsafvaardigingen door het personeelslid waargenomen wordt buiten het tijdperk bepaald in artikel 22, § 2, lid 2;

4° het toezicht tijdens het middaguur dat vrijwillig door het personeelslid waargenomen wordt buiten het tijdperk bepaald in artikel 22, § 2, lid 2, als geen financiële tegemoetkoming toegekend overeenkomstig artikel 30, § 1, leden 3 en 4, voor dit toezicht uitbetaald wordt;

5° andere prestaties die door het personeelslid overeenkomstig artikel 97 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs geleverd worden.

**Art. 75. Kleuterafdeling**

De kleuterleider verstrekt 24 tot 28 lestijden.

**Art. 76. Lagere school**

De onderwijzer verstrekt 24 tot 26 lestijden.

De bijzonder leermeester lichamelijke opvoeding en de leermeester godsdienst of niet-confessionele zedenleer verstrekken 24 tot 28 lestijden.

**Art. 77. Toezicht tijdens het middaguur**

§ 1. In het kader van het schoolproject kan de inrichtende macht haar scholen tijdens het middaguur openen.

In dit geval verplicht er de inrichtende macht zich toe het toezicht op de leerlingen te waarborgen. Te dien einde verkrijgt ze middelen zijdens de Regering.

De Regering bepaalt er de modaliteiten van.

§ 2. In afwijking van § 1, lid 2 verkrijgt de inrichtende macht geen financieel middel voor het toezicht gehouden tijdens het middaguur door een lid van het onderwijzend personeel in het kader van zijn werktijd bepaald in artikel 74.

HOOFDSTUK VIII. — *Terugvorderingen en strafmaatregelen**Afdeling 1. — Terugvorderingen***Art. 78. Principe**

De wedden, weddetoelagen en werkingstoelagen die ten onrechte werden uitbetaald, worden door de Regering teruggevorderd.

Gaat het om werkingstoelagen die ten onrechte werden uitbetaald, dan kan de terugvordering gebeuren d.m.v. een inhouding op de nog uit te betalen werkingstoelagen.

**Art. 79. Verjaring**

De mogelijkheid om tot de terugvordering over te gaan die in artikel 78, lid 1 bedoeld is, verjaart binnen de twee jaar vanaf 1 januari volgend op de uitbetaling.

In afwijking van het eerste lid belooft de verjaringstermijn 30 jaar, indien de uitbetaalde wedden of toelagen berekend zijn op basis van bedrieglijke daden of valse gegevens.

*Afdeling 2. — Strafmaatregelen***Art. 80. Inhouding van de werkingstoelagen**

§ 1 Onverminderd de toepassing van artikel 78 worden volgende overtredingen gestraft :

1° het niet-bestaan van een opvoedingsproject dat met toepassing van artikel 16 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs dient te worden uitgewerkt;

2° het niet-bestaan van een schoolproject dat met toepassing van artikel 20 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs dient te worden uitgewerkt;

3° het niet-bestaan van een schoolreglement dat met toepassing van artikel 40 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs dient te worden vastgelegd;

4° de niet-oprichting van een pedagogische raad die met toepassing van artikel 48 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs dient te worden ingesteld.

§ 2. Na waarschuwing tijdens de overtreding neemt de strafmaatregel opgelegd aan de inrichtende macht waarbij één der overtredingen vermeld in § 1 werd vastgesteld de vorm van een voorlopige inhouding op de nog niet uitbetaalde werkingstoelagen aan.

Het bedrag van de inhouding mag 20% van de werkingstoelagen niet overschrijden die de school waarin de overtreding werd vastgesteld voor het lopende schooljaar zou moeten verkrijgen.

**Art. 81. Terugvordering van werkingstoelagen**

§ 1. Onverminderd de toepassing van artikel 78 worden volgende overtredingen gestraft :

1° de niet-naleving van de bepalingen inzake oneerlijke praktijken vermeld in artikel 19, § 2 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

2° de niet-naleving van het principe van de kosteloze toegang tot het lager onderwijs met toepassing van artikel 32 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

3° de niet-naleving van de principes qua tuchtprocedure, vermeld in de artikelen 42 tot 45 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

4° de niet-naleving van de bepalingen betreffende de duur van een schooljaar alsmede de verlof- en vakantieregeling opgenomen in de artikelen 57 tot 60 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs;

5° de niet-naleving van de toelatingsvoorwaarden opgenomen in de artikelen 5 tot 13 en 15;

6° de misbruiken bij de aanwending van de werkingstoelagen bedoeld in de artikelen 27 tot 30;

7° de misbruiken bij de berekening van het aantal regelmatige leerlingen van het lager en kleuteronderwijs in het kader van de oprichting, de handhaving en de sluiting van scholen;

8° de misbruiken bij de berekening en de aanwending van het betrekkingenpakket;

§ 2. De strafmaatregel opgelegd aan de inrichtende macht waarbij één der overtredingen vermeld in § 1 is vastgesteld, neemt de vorm van een terugvordering van de al uitbetaalde werkingstoelagen aan.

De terugvordering mag 20% van de werkingstoelagen niet overschrijden die de school waarin de overtreding is vastgesteld voor het vorige schooljaar heeft verkregen.

**Art. 82.** Procedure

De Regering bepaalt de nadere modaliteiten volgens welke de overtredingen vastgesteld en de strafmaatregelen opgelegd worden. Deze procedure voorziet in voldoende mogelijkheden om beroep in te stellen.

HOOFDSTUK IX. — *Opheffings-, wijzigings- en overgangsbepalingen*

**Art. 83.** Worden opgeheven

1° de artikelen 13, 14 en 15 van de wetten op het lager onderwijs, gecoördineerd op 20 augustus 1957;

2° artikel 2, lid 2 van de wet van 11 juli 1969 betreffende het pensioen van sommige leden van het personeel van het onderwijs van de Staat en van het gesubsidieerd onderwijs;

3° artikel 4 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

4° het decreet van 30 juni 1997 houdende oprichting, handhaving, sluiting en organisatie van het gewoon basisonderwijs op basis van een betrekkingenpakket, gewijzigd bij het decreet van 31 augustus 1998;

5° het koninklijk besluit van 2 december 1969 tot vaststelling van de normen voor de schepping van betrekkingen van rekenplichtig correspondent en geselecteerd rekenplichtig correspondent in de inrichtingen van het Rijksonderwijs;

6° het koninklijk besluit van 31 augustus 1971 genomen ter uitvoering van artikel 2 der wet van 11 juli 1969 betreffende het pensioen van sommige leden van het personeel van het onderwijs van de Staat en van het gesubsidieerd onderwijs;

7° het koninklijk besluit van 28 januari 1971 genomen ter uitvoering van artikel 2 der wet van 11 juli 1969 betreffende het pensioen van sommige leden van het personeel van het onderwijs van de Staat en van het gesubsidieerd onderwijs;

8° het besluit van de Executieve van 12 juni 1990 tot vaststelling van de normen voor de schepping van betrekkingen van rekenplichtig correspondent en geselecteerd rekenplichtig correspondent in de vrije gesubsidieerde autonome inrichtingen voor basisonderwijs, wanneer het schoolhoofd niet volledig van het houden van een klas vrijgesteld is.

§ 2. Worden opgeheven wat het gewoon basisonderwijs betreft :

1° de artikelen 24, 25, 28, 35, 36, § 1 en 37 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° artikel 1, § 4, 1° en 2° van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

3° het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs, gewijzigd bij het decreet van 4 maart 1996.

§ 3. Artikel 6 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht zal, wat het gewoon basisonderwijs betreft, op een door de Regering vastgelegde datum worden opgeheven.

**Art. 84.** Overgangsbepaling met het oog op de uitreiking van het bewijs van basisonderwijs door erkende scholen

Tot de inwerkingtreding van artikel 26 kunnen de krachtens artikelen 23 tot 25 erkende scholen het bewijs van basisonderwijs uitreiken dat in artikel 6 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht bedoeld is.

HOOFDSTUK X. — *Inwerkingtreding*

**Art. 85.** Inwerkingtreding

De bepalingen van dit decreet treden in werking op 20 augustus 1999, met uitzondering van de artikelen 6 en 70 die op 1 september 1998 uitwerking hebben en van de artikelen 16, 17, 18, 19, 23, 9°, 26, 80, 81 en 82 die op een door de Regering vastgelegde datum in werking zullen treden.

Kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 april 1999.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden,  
Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen

Nota

(1) *Zitting 1998-1999 :*

*Bescheiden van de Raad :* 132 (1998-1999), nr. 1. Ontwerp van decreet.

132 (1998-1999), nrs. 2-4. Amendementsvoorstel.

132 (1998-1999), nr. 5. Verslag;

*Integraal verslag.* — Bespreking en aanneming. Vergadering van 26 april 1999.